Einzelnummer: Preis für München 800 Mark, nach auswärts 1000 Mark

Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Herausgeber: Dietrich Eckart

Erscheint täglich. Bezugspreis im Inland durch die Post im Juli M. 13 500,–, unter Streifband M. 23 000,–. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I nach aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstraße 39/I. Fernruf 23695, 27460. Sprechstunden: Täglich nur von 10–11 Uhr vorm.

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 30647. / Drahtanschrift: „Beobachter München“. / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto: Frz. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: Deutsche Hansabank, A.-G., München, Herzog-Wilh.-Str. 33.

Streifbandbezugsgebühr für Juli im Ausland: Österreich Kr. 20 000,–, Ungarn Kr. 2000,–, Tschechoslowakei 10 Kč., England u. bisher. deutsche Kolonien 3 sh., Jugoslawien 40 Dinare, Polen 25 000 M. p., Italien 10 Lire, Holland 1 fl., Ver. Staat. 1/2 Dollar, Schweiz u. d. übr. d. Weltpostv. angeschl. Staat. 2 1/2 Schwz. Fr.

Postsparkasse Wien, Konto 79921, Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H. / Deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank Reichenberg, Postscheckkonto 64863 beim Postscheckamt Prag (Angabe für Franz Eher Nachfolger, München, am den Erlagschein erforderl.)

132. Ausg., 37. Jahrg. | München (Mittwoch), den 4. Juli 1923 | Preis 800 Mark

Deutschenverfolgung in Baden

F. J. M. Rehse Archiv f. Zeitgeschichte u. ... München

Angst vor dem Deutschtum

Das haben nicht nur Juden und Franzosen, sondern namentlich die durch die schmutzigen Fluten der Novemberrevolte emporgespülten Existenzen am Futtertrog der Novemberrepublik. Die wissen es ganz genau, daß deutsche Volksinteressen und Schutz der Republik zwei Dinge sind, die einander widersprechen wie Wasser und Feuer.

Wir haben seit Monaten einen hochverräterischen marxistischen Aufruf nach dem andern abgedruckt, ohne daß irgendeine Staatsbehörde der Novemberrepublik gegen diese Verräter einen Finger gerührt hätte.

Etwas verspätet fliegt uns nun ein Dokument aus Düsseldorf auf den Tisch, welches allen Oberbürgermeistern und Landräten des betr. Regierungsbezirkes zugeleitet worden ist. Es lautet im Wortlaut:

Der Regierungspräsident.
C. B. II. 2362.

Persönlich. Geheim.

Düsseldorf, 28. Febr. 1923.

Die zur Zeit bestehenden Verhältnisse lassen es möglich erscheinen, daß in absehbarer Zeit ein Teil der industriellen Gebiete im Reich ihre Arbeitsleistungen einschränken müssen. In diesem Falle würden sich Arbeiterentlassungen und damit eine steigende Arbeitslosigkeit kaum vermeiden lassen. Die kommunistische Tätigkeit hat sich denn auch bereits auf eine derartige Entwicklung der Dinge eingestellt, und Kommunisten, Unionisten und Syndikalisten wetteifern, eine etwa steigende Notlage auszunutzen, um möglichst ausgedehnte lokale Unruhen hervorzurufen. Dies erscheint besonders bedenklich im Hinblick auf die rechtsradikale Bewegung, deren Anwachsen denn in bisher getrennt marschierenden Gruppierungen nicht zu leugnen ist. Nach den hierüber vorliegenden Nachrichten ist damit zu rechnen, daß sich die bisherige relative Untätigkeit der rechtsradikalen Gruppen und Organisationen alsbald in eine weitgehende Aktivität verwandeln wird, sobald man durch Hunger, Revolten, Plünderungen und anderen linksradikalen Terror die Gelegenheit geben würde, „zum Schutze des Staates und der nicht kommunistischen Gesellschaft“ auf den Plan zu treten und unter dieser Maske die Erkämpfung ihrer politischen Ziele einzuleiten. Die dann entstehenden Gefahren liegen auf der Hand. Man wird ihnen am besten begegnen können, wenn man bereits bei Beginn einer derartigen Gewaltbewegung ihr die Führung nehmen kann. Von größtem Wert ist es daher, daß überall diejenigen Persönlichkeiten festgestellt werden, die an der Spitze von solchen rechtsradikalen Bewegungen stehen, die in vorstehendem Sinne in Frage kommen.

Ich ersuche, entsprechende Ermittelungen anzustellen und mich möglichst bald darüber zu unterrichten, inwieweit rechts- und linksradikale Organisationen im dortigen Bezirk vorhanden, wer ihre Führer sind und was man über die politische Einstellung und die Pläne dieser Personen erfahren kann.

Im Auftrag:
gez. Heinen. gez. **Kerbe.**

•

Bedenklich wird unseren Novemberleuten die Lage, wenn „rechtsradikale“, d. h. bewußt deutsche Kreise sich zusammenschließen gegen den ungeheuren, an unserem Volk verübten Betrug. Die „entstehenden Gefahren“ — für die Novemberverbrecher nämlich — liegen allerdings auf der Hand. Deshalb müssen die Landräte und Bürgermeister zu Spitzeldiensten herangezüchtet werden, damit die Schönheit und Würde sich immer weiter ausbreite und den deutschen Führern seitens der deutschen Behörden dasselbe Schicksal zuteil wird, wie seitens der französischen.

Lest das Dokument aufmerksam durch, deutsche Männer und Frauen, und merkt euch die Namen darunter, namentlich aber den Namen des „preußischen“ Ministers Severing und seiner alljüdischen Schützer in der Börsen- und Marxistenpresse.

Der Kampf gegen die Säuglinge

tu. **Berlin, 3. Juli. In einem der Ausgewiesenenzüge befinden sich 110 Kinder unter 4 Jahren und mehrere Säuglinge.**

Neue Milliardenräubereien

tu. **Gladbeck,** 3. Juli. In Gladbeck sind neuerdings zwei Milliarden Mark Lohngelder der Bergwerksinspektion fortgenommen worden.

tu. **Frankfurt a. M.** 3. Juli. Am Samstag besetzten die Franzosen in Wiesbaden die Reichsbank und beschlagnahmten sämtliche Gelder. Zur Verhinderung von Unruhen zogen tagsüber starke Kavalleriestreifen durch die Stadt. Die Reichsbank wurde militärisch besetzt.

tu. **Duisburg,** 3. Juli. Der Stadt Oberhausen ist von der Besatzungsbehörde eine innerhalb acht Tagen zu zahlende Kontribution von hundert Millionen Mark auferlegt worden, die angeblich wegen eines Sabotageaktes an einer Fernsprechleitung verhängt wurde.

Die „Gute-Hoffnungshütte“ bei Oberhausen ist gestern von den Franzosen besetzt worden.

Die Verkehrssperre

tu. **Dortmund,** 3. Juli. Gegen die Absperrung des besetzten Gebietes erhoben die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen sowie die Angestellten- und Beamtenverbände schärfsten Protest.

tu. **Münster,** 3. Juli. Die von der Rheinlandskommission angeordnete Verkehrssperre wird strikte durchgeführt. Allein in Vohwinkel war gestern die Ein- und Ausreise noch frei, doch erwartete man angeblich schon für die Nacht zum Dienstag auch hier die Durchführung der Sperre.

Gestern früh wurde der Bahnhof von Botrop-Nord von den Franzosen besetzt.

Nach der Duisburger Explosion

tu. **Dortmund,** 3. Juli. Die Zahl der Todesopfer bei der Brückenexplosion der Rheinbrücke Duisburg-Hochfeld soll sich auf neun, die der Verwundeten auf 45 belaufen. Als „Sanktion“ haben die Franzosen in Gladbach, Osterfeld, Recklinghausen und Buer durch Plakatanschläge von gestern nachts 12 Uhr bis heute nachts 12 Uhr jeglichen Fuhrwerks- und Straßenbahnverkehr verboten mit Ausnahme von Lebensmitteltransporten.

Ein neuer Vorwand für Sanktionen

tu. **Paris,** 3. Juli. Nach einer Koblenzer Meldung von Havas sollen im Mainzer Tunnel zwei Bomben mit Zeitzündern gefunden worden sein. Eine soll explodiert sein, ohne besonderen Schaden anzurichten, die andere habe ein französischer Offizier unschädlich gemacht. Gegen Mainzer Beamte seien Sanktionen ergriffen worden.

Die französische Kohlenausbeute im Ruhrrevier

tu. **Essen,** 3. Juli. Trotz aller Anstrengungen ist es der französisch-belgischen Eisenbahnregie im Monat Juni nicht gelungen, ihre Transporte wesentlich zu steigern. Ihre Leistungen gingen nicht erheblich über ein Drittel der von Deutschland vor dem Ruhreinbruch freiwillig gelieferten Kohlenmenge hinaus. Die Höchstziffer der Leistungen im Juni war 1180 Wagen (am 6. Juni). D[illegible] entspricht einer Menge

Auszahlung Newyork Dollar 159 600 Mark

von 17 500 Tonnen. Dagegen ist später diese Ziffer auf 245 Wagen heruntergegangen. Im weiteren haben sich die Transporte allerdings wieder gesteigert, ohne die am 6. Juni erreichte Höhe wiederzugewinnen. Der Abtransport von Kohle und Koks auf dem Wasserwege war ganz unbedeutend und hat im Monat Juni eine Menge von 20 000 Tonnen nicht überschritten.

Das alles sind bloße Beruhigungspillen für den deutschen Michel, der weiter glauben soll, es handle sich um Kohle, statt um sein Leben.

Opfer belgischer Brutalität

tu. **Buer, 3. Juli. Infolge des unerhört rücksichtslosen Vorgehens der Belgier sind in Buer 3 Tote und ein Schwerverletzter, in Gladbeck 3 Tote zu verzeichnen. Auch in Galen sind mehrere Arbeiter erschossen worden.**

Vor den Toren Frankfurts

tu. **Frankfurt, 3. Juli. Am Montag vormittag rückten die Franzosen in der Richtung Frankfurt weiter. Zahlreichen Personen aus dem besetzten Gebiet, die sich in Frankfurt aufhielten und nach Griesheim, Höchst, Mainz usw. zurück wollten, wurde der Zugang verwehrt. Gegen 2 Uhr nachmittags erschien ein französischer Offizier, der sämtliche im Absperrungsgebiet Wartende durchließ. Ob die Franzosen weiter vorrücken, steht noch nicht fest.**

Auf dem Wege zur Weltvertrustung

tu. **Frankfurt, 3. Juli. Da der Betrieb der von der französischen Militärbehörde im altbesetzten Rheinlandsgebiet verwalteten Eisenbahnlinien außerordentliche Mittel verschlingt, so hat die französische Militärbehörde die französische Schwerindustrie um geldliche Unterstützung für Eisenbahnzwecke im Rheinland ersucht. Hierüber haben in der letzten Woche Besprechungen zwischen französischen Industrievertretern und dem Generalstab der Besatzungsarmee stattgefunden. Als Ergebnis verlautet, daß die französische Schwerindustrie die Bereitstellung der notwendigen Mittel zugesagt habe unter der Bedingung, daß diese jetzt von der französischen Militärbehörde verwalteten Eisenbahnlinien des Rheinlandes später privatisiert und in Form einer neuzugründenden Gesellschaft in den Besitz der betreffenden französischen Industriegruppe übergehen sollten. (!!)**

*

Damit wäre der „Sinn der Weltgeschichte“ um einen neuen Ton deutlicher geworden.

England und Frankreich

Die Antworten auf die engl. Fragen

tu. **London,** 3. Juli. Es ist wahrscheinlich, daß die französische Antwort auf den britischen Fragebogen nicht vor Mittwoch überreicht werden wird. Diese neue Verzögerung schreibt man der Tatsache zu, daß das neue belgische Kabinett formell erst heute sein Amt übernimmt. Der französische Botschafter besprach gestern im Londoner Auswärtigen Amt mit einem der zuständigen Sekretäre die Lausanner Konferenz, hatte aber nicht eine Unterredung mit Lord Curzon, da dieser erst am Abend von der Provinz nach London zurückkehrte. Gleichzeitig verweigerte Baldwin im Unterhaus die Antwort auf eine Frage, die direkt auf diese Situation hinzielte. Er versicherte dem Parlament, das anscheinend gereizt war, die „Regierung tue alles, was in ihrer Macht stehe, zur Beschleunigung“. Gerüchte, daß man die Vereinigten Staaten herbeiziehen wolle, um gemeinsam einen Druck auf Frankreich auszuüben, damit es seine Schulden zahle, werden in britischen amtlichen Kreisen als lächerlich hingestellt.

Der französische Ministerrat zur Ruhrfrage

tu. **Paris,** 3. Juli. Im „Echo de Paris“ äußerte sich Marcel Hutin **(Hirsch)** über den Ministerrat, der heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand **(Caen)** im Elysee stattfinden soll. Er erklärt, wegen der Wendung, die die französisch-englischen Verhandlungen über die Reparationen eingenommen hätten, würde dieser Ministerrat von außerordentlicher Bedeutung sein. Poincaré werde dem Präsidenten der Republik und den übrigen Ministern eine vollständige Darstellung der Instruktionen geben, die an den französischen Botschafter in London gerichtet worden seien. Nach Äußerungen zahlreicher Abgeordneter in den Wandelgängen der Kammer werde die Regierung weiterhin für ihre Haltung in der Ruhrfrage die vollkommene Mehrheit der Kammer sowie der öffentlichen Meinung finden. Man wünsche zwar eine Einigung mit England, aber nicht zu einem Preise, der einer vollkommenen Niederlage gleichkommen würde.

*

Während die gesamte Presse die Frage noch erörtert, ob vom Quai d'Orsay eine schriftliche Antwort nach London abgeschickt wird oder nicht, ist diese Antwort, wie die eingeweihten Kreise wissen, in Wirklichkeit schon abgegangen.

Ein Mitarbeiter der „Ere Nouvelle“, der gute Beziehungen zu maßgebenden Stellen hat, teilt mit, daß die Antwort in sehr versöhnlichem Tone gehalten ist, aber im wesentlichen den bekannten Standpunkt Poincarés vertritt.

In derselben Angelegenheit schreibt die „Chicago Tribune“: Poincaré hat gestern auf den bekannten englischen Fragebogen eine 40 Seiten lange Antwort abgeschickt. Der französische Botschafter in London, St. Aulaire, erhielt die Weisung, den wesentlichen Inhalt dieser Antwort Lord Curzon mündlich mitzuteilen, doch wenn dieser es wünsche, auch die schriftlichen Ausführungen zu überreichen. St. Aulaire wurde gestern in Abwesenheit Lord Curzons von Sir Eyres Crewe empfangen, der ihm versicherte, daß die englische Regierung nicht die Absicht habe, getrennte Reparationsverhandlungen mit Deutschland einzuleiten oder eine interalliierte Reparationskonferenz einzuberufen und ebensowenig beabsichtige man, Amerika zu gemeinsamer Ausübung eines Druckes auf Frankreich zwecks Bezahlung seiner Schulden aufzufordern.

Der französische Landesverratsprozeß

tu. **Paris,** 3. Juli. Im Landesverratsprozeß Judet kam am Montag die wichtigste Belastungszeugin, die Frau des Schweizer Malers Boysard, zu Wort. Die Zeugin, eine geborene Französin, hatte die erste Aussage gegen ihren eigenen Mann sowie gegen Judet zur Zeit ihrer Ehescheidungsklage gemacht. Gestern wiederholte sie, daß Judet mit ihrem Mann in einer vereinbarten Geheimschrift korrespondiert habe, wozu sie selbst habe Beistand leisten müssen, daß Judet ferner an ihren Mann nach der Schweiz geheime Schriftstücke gesandt habe und daß er ihm einen Bericht über eine Unterredung mit dem Kardinalstaatssekretär Gasparri in Rom sandte, der für den deutschen Gesandten in der Schweiz, von Romberg, bestimmt war. Judet habe ferner für ihren Mann eine monatliche Bezahlung von 3000 Franken und einmal eine Summe von 10 000 Franken, die von **Deutschland herrührten** (?), empfangen.

Deutschenverfolgung in Baden

Karlsruhe, 1. Juli.

In gewissen Kreisen Badens schätzt man auch heute die Preußen noch nicht. Man kann es ihnen nicht vergessen, daß sie im Jahre 1849 in Baden einrückten, um Ordnung zu schaffen. Damals ging es in Baden ungefähr auf das i-Tüpfelchen genau so zu als im glorreichen November 1918 und den folgenden Jahren. Interessenten sei das Buch von C. B. A. Fickler empfohlen über die Verhältnisse in Rastatt im Jahre 1849. Heute schielt man in Baden mit beiden Augen nach dem Genossen Severing in Berlin, und wirft auch ab und zu einen Blick nach Sachsen und Thüringen, um dort ebenfalls etwas zu lernen — nämlich, wie man am besten den ††† Nationalen — von Juden und deren Genossen auch Hakenkreuzler genannt — den Garaus machen könnte. Und der Neid muß es den „Genossen“ lassen, sie geben sich alle Mühe.

Zum 23./24. Juni 1923 hatten deutsch denkende Kreise in Oberkirch im Renchtal zu einer Sommersonnenwendfeier durch Versendung von Einladungen an Gesinnungsfreunde gebeten. Diese Feier sollte im Walde, zwei Stunden von Oberkirch entfernt, stattfinden. In der linken oberen Ecke der Einladung war ein Hakenkreuz angebracht. Eine derartige Einladung kam auf Umwegen in den Besitz des „Obergenossen“ in Oberkirch, welcher das vorgeschriebene Ärgernis daran nahm und damit zum Herrn Oberamtmann lief. Prompt lief beim Veranstalter der Feier folgende Verfügung des Bezirksamtes Oberkirch ein:

Bezirksamt.

Oberkirch, den 19. Juni 1923.

Den Schutz der Republik betr.

Aus einem uns zugegangenen Programm, das mit dem nicht zugelassenen Abzeichen der verbotenen Deutsch-Völkischen Vereinigung geschmückt ist, entnehmen wir, daß auf der sog. Schwend eine Sommersonnenwendfeier abgehalten werden soll. Sofern diese Feier evtl. auf dem Gebiete des Amtsbezirks Oberkirch abgehalten werden soll, wird dieselbe fürsorglich ausdrücklich untersagt, auf Grund des Gesetzes vom 21. 7. 22, der V.O. vom 29. 8. 21 und der V.O. vom 30. 8. 22.

Es wird dringend erwartet, daß die Feier unterbleibt, zumal erhebliche Störungen der öffentlichen Ordnung dabei auch zu befürchten wären.

gez. Kopp.

Aber nicht genug damit. Drei Tage später flog dem Veranstalter eine zweite Verfügung, nun des Bezirksamtes Achern, auf den Tisch:

Bezirksamt.

Achern, den 22. Juni 1923.

Den Schutz der Republik betr.

Nach einem uns zur Kenntnis gekommenen Programm und nach Mitteilung des Bezirksamtes Oberkirch soll auf der sog. Schwend bei Waldulm (Amt Achern) von den Deutsch-Völkischen vom 23./24. Juni eine Sommersonnenwendfeier (Versammlung) abgehalten werden.

Wir eröffnen Ihnen hiermit, daß diese Feier auch für den Amtsbezirk Achern auf Grund des Gesetzes vom 21. 7. 22, R.G.Bl. Nr. 585, der Verordnung vom 29. 8. 21 und Bekanntmachung, M. d. J., vom 29. 8. 22 hiermit verboten wird, und zwar nicht nur für den 23./24. Juni, sondern auch für jeden anderen Tag.

Im Falle der Zuwiderhandlung und zur Verhütung oder Störung der öffentlichen Ordnung ist Festnahme des Leiters zu gewärtigen, um die Feier unmöglich zu machen.

gez. Dr. Kopp.

Die keifende jüdische Vettel „Volksfreund“ stieß in die Trompete von Jericho und drohte in ihrer Nummer vom 20. Juni damit, daß 1300—1500 Arbeiter die Feier zu verhindern wüßten. — Und die glorreiche Republik ward zum ersten Male gerettet.

In der Nähe von Karlsruhe liegt ein Ort, in welchem aufrechte deutsche

Männer das Verbrechen begeben, in puncto „deutschen Empfindens" etwas anderer Ansicht zu sein, als die derzeitigen Machthaber in Baden. Sie stehen im „Geruche" — man reiche mir einen Schnaps, aber nicht aus Fusel der jüdischen Spiritusmonopolgesellschaft bereitet!! — Nationalsozialisten zu sein. Sie wurden vor einiger Zeit von dem in Baden berüchtigten Kriminalkommissar Becker in einer Wirtschaft angetroffen, als sie am Stammtisch ihr Glas Bier tranken. Flugs machte man ihnen den Prozeß und gedenkt sie demnächst wegen Geheimbündelei durch die Strafkammer ins Gefängnis werfen zu lassen. — Und die glorreiche Republik ward zum zweiten Male gerettet.

In Rastatt treibt sich ein Eduard Link herum und wohnt im Jan. So weit bekannt, ist er ein Neffe des Staatsanwalts Link in Offenburg, der auch bei der Untersuchung gelegentlich der Erschießung Erzbergers sich betätigte. Dieser Link suchte Anschluß an nationale Kreise zu gewinnen, auch an die Nationalsozialistische Arbeiterpartei in München. Man traute ihm aber nicht. Der badischen politischen Polizei — an deren Spitze ein Herr Amtmann Dr. Wolz in Karlsruhe steht — war bekannt, daß Link mit französischen Offizieren in Wiesbaden verkehrte und Raubmordverbandsspitzel war. Als aber dieser Link ein Schreiben an den Herrn Staatspräsidenten A d a m Remmele in Karlsruhe richtete und sich erbot, gegen Zahlung von einigen Millionen eine nur in seinem Gehirn existierende nationale Organisation in Rastatt, welche in Verbindung mit München stehen sollte, zu entlarven und die Namen einiger Personen nannte, denen alles ferner liegt, als Geheimbündelei zu treiben, hielt es die badische politische Polizei nicht für unter ihrer Würde, Herrn Dr. Wolz nach Rastatt zu senden, durch den berüchtigten Kriminalkommissar Becker einen Herrn vorführen und bei einem abwesenden Herrn die Schränke zwecks Haussuchung aufbrechen (!) zu lassen. Es genügte also der badischen Regierung die Anzeige eines Franzosenspitzels, um gut deutsche Männer zu belästigen. Und die glorreiche Republik ward zum dritten Male gerettet!

Frankreich und der Papstbrief

tu. **Rom, 3. Juli.** In vatikanischen Kreisen macht man aus der diplomatischen Spannung infolge der Kundgebung des Papstes zwischen dem Vatikan und der französischen Regierung kein Hehl. Man weist jedoch darauf hin, daß die Botschaft des Papstes durchaus keinen frankreichfeindlichen Charakter habe und ohne jeden fremden Einfluß entstanden sei.

Ein angeblicher Schritt des Papstes

tu. Berlin, 2. Juli. Nach italienischen Pressemeldungen habe der Papst durch den Kardinalstaatssekretär Gasparri an den deutschen Nuntius Mgr. Pacelli ein Telegramm absenden lassen, worin der Papst gegen die Sabotageakte im besetzten deutschen Gebiete Stellung nimmt.

An zuständiger Berliner Stelle ist bisher von einem solchen Schritte des Papstes nichts bekannt. Da der Papst durch die Duisburger Explosion zu seinem neuen Schritt veranlaßt worden sein soll, so ist es nötig, darauf hinzuweisen, daß nach den bisherigen Feststellungen zum mindesten in diesem Fall kein von deutscher Seite verübter Sabotageakt vorliegt.

— Uns scheint, es wäre hohe Zeit, daß der Heilige Stuhl einen flammenden Protest gegen die Mordbrenner an der Ruhr in die Welt rufen würde.

Die Politik des neuen Kabinetts Theunis

tu. **Brüssel, 3. Juli.** Bei der heutigen Vorstellung des neuen Kabinetts Theunis in der Kammer wird der Ministerpräsident eine kurze Erklärung verlesen, in der auf die Notwendigkeit hingewiesen werden wird, die Europapolitik in ihrer jetzigen Form an der Seite Frankreichs fortzusetzen und auf der Grundlage des französisch-belgischen Reparationsprogramms die interalliierte Einheitsfront wieder herzustellen.

Die neue Tagung des Völkerbundesrats

tu. **Genf, 2. Juli.** Heute vormittag trat der Völkerbundsrat zu seiner ersten Sondertagung zusammen. Die Sitzung, die nicht öffentlich war, galt der Festsetzung der Tagesordnung. Vor allem entspann sich eine lebhafte Diskussion darüber, ob die Saarfrage öffentlich oder geheim verhandelt werden solle. Während der englische Delegierte Lord Rob. Cecil für öffentliche Verhandlungen eintrat, war der französische Vertreter Hannotaux aus leicht erklärlichen Gründen scharf dagegen. Die Entscheidung wurde auf nachmittags verschoben. In der Nachmittagssitzung ist aber dann doch der Antrag Cecils auf öffentliche Verhandlungen durchgedrungen. Die Saarfrage wird demgemäß heute zum erstenmal in öffentlicher Sitzung behandelt werden.

tu. **Genf, 3. Juli.** Außer der Saarfrage stehen noch verschiedene andere, die deutsche Öffentlichkeit interessierende Fragen auf der Tagesordnung des Völkerbundsrates:

1. Verschiedene Danziger Angelegenheiten, darunter die Finanzlage Danzigs, die Regelung des Paßvisums für nach und aus Polen reisende Danziger.

2. Die Auslegung des Art. 4 des Minderheitenvertrages vom 28. Juni 1919. Die Behandlung dieser Frage ist auf die Beschwerde des Deutschtumbundes in Polen hin trotz polnischen Protestes auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Die Türkei gibt nicht weiter nach

tu. **Rom, 3. Juli.** Nach hiesigen Blättermeldungen soll Mustapha Kemal Pascha nach einem stürmischen Ministerrat dem türkischen Delegationsführer in Lausanne, Ismet Pascha, telegraphiert haben, daß die Türkei in der Frage der ottomanischen Schuld und in der Angelegenheit der Räumung Konstantinopels auf keinen Fall noch weiter nachgeben könne.

Friedrich Adler scheidet aus dem Parlament

tu. **Wien, 3. Juli.** Der jüdische Mörder Friedrich Adler, der zum Sekretär der neuen sozialistischen Internationale bestellt worden ist, kandidiert nicht mehr zum Nationalrat. Er paßt sicher am besten als Symbol des Weltbetrugs. Man denke: Jude, Mörder, Arbeiterführer in e i n e r Person ist wohl die denkbar günstigste Verbindung, um die Führerschaft einer von der Börse ausgehaltenen Internationale zu übernehmen.

Der neue poln. Finanzminister

tu. **Warschau, 3. Juli.** Zum Nachfolger Grabskis als Finanzminister ist Hubertus Linde ernannt worden. Er ist ein Anhänger der schärfsten Maßnahmen gegen die Banken und glaubt, durch scharfe Vorkehrungen die Valutapolitik der Banken ändern zu können. Abwarten . . .

„Deutsches" Reich

Reichstag

tu. B e r l i n, 2. Juli.

Auf der Tagesordnung steht die Fechenbach-Interpellation.

Abg. Dittmann (Soz.) gibt einen Überblick über den Verlauf des Fechenbachprozesses. Der Journalist Felix Fechenbach wurde in München zu elf Jahren Zuchthaus wegen Landesverrats verurteilt. Er hatte die Erzbergersche Denkschrift über die deutschen Friedensziele aus dem Herbst 1914 an ausländische Journalisten verkauft. Da diese Denkschrift aber 14 Tage vor ihrer Veröffentlichung in Paris von der Münchener Räteregierung veröffentlicht wurde, wurde sie nicht mehr als geheimes Dokument angesehen. Die Verurteilung erfolgte wegen des sogenannten Rittertelegramms, das der bayerische Gesandte beim päpstlichen Stuhl, Ritter, unmittelbar vor Beginn des Weltkrieges am 24. Juli 1914 an den bayerischen Ministerpräsidenten v. Hertling richtete. Dieses Telegramm hat Fechenbach an den Schweizer Journalisten Payot v e r k a u f t, der es im Pariser „Journal" veröffentlicht hat. Der Redner fordert Aufhebung des Fechenbachurteils.

Noch vor der Beantwortung der Interpellation durch den Reichsjustizminister nimmt der bayerische Gesandte **Dr. v. Preger** das Wort und gibt namens der bayerischen Regierung folgende Erklärung ab:

Für die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung zu dem Urteil Fechenbach wegen Landesverrates sind nicht politische (sehr falsch), sondern ausschließlich tatsächliche und rechtliche Gesichtspunkte maßgebend gewesen. (Lachen links.) **Die bayer. Staatsregierung hat bereits im Jahre 1919 im Bayerischen Landtage bei der Frage, ob gegen die Urteile der Volksgerichte ein Rechtsmittel zulässig sei, erklärt, daß angesichts des Mangels eines solchen Rechtsmittels bei der Behandlung von Begnadigungsgesuchen alle Momente einer gründlichen Prüfung unterstellt werden sollen. Wenn Fechenbach ein Gnadengesuch einreicht — ein solches liegt zur Zeit noch nicht vor —, dann wird im Sinne dieser Zusicherung verfahren werden. Vielleicht wird auch Gelegenheit gegeben sein, die gesamten Rechtsgrundlagen des Urteils und damit auch die rechtliche Würdigung der Einwände und Bedenken, die soeben der Abg. Dittmann vorgebracht hat, nachzuprüfen. Die bayerische Staatsregierung beabsichtigt, wenn Fechenbach ein Gnadengesuch einreicht, ein Rechtsgutachten des Bayerischen Obersten Landesgerichtes einzuholen. Dieses wird die bayerische Regierung ihrer Entscheidung zugrunde legen.** (Zurufe links: Ist das alles? — Abg. Remmele (Komm.): Unerhört! — Ordnungsruf des Präsidenten.)

Reichsjustizminister Dr. Heinze gibt zu, daß das Urteil gegen Fechenbach zu zahlreichen Zweifeln Anlaß gibt. (Hört, hört! links.) So einfach sei die Sache aber nicht. Das Urteil sei auf Grund einer mündlichen Verhandlung gefällt worden, und es sei ganz unmöglich, so komplizierte Dinge durch parlamentarische Beschlüsse zu lösen. Der von der bayerischen Regierung vorgeschlagene Weg einer Nachprüfung durch das Oberste Landesgericht sei durchaus gangbar. Daß die Veröffentlichung der beiden Schriftstücke aufreizend auf Frankreich gewirkt habe, sei selbstverständlich. (Unruhe links.) Das Gericht habe auf Grund der Persönlichkeit, des Augenscheines und der inneren Willensverfassung des Angeklagten sein Urteil gefällt. Der Minister lehnt eine Kritik an dem Urteil eines Gerichtes ab, das sicher nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe. (Unruhe links.) Die bayerischen Volksgerichte bestünden zu Recht. (Hört, hört! und Lärm links.) Die bayerische Staatsregierung sei rechtlich nicht imstande, eine Abänderung des Urteils des Volksgerichtes zuzulassen. Das Gutachten des Obersten Landesgerichtes müsse abgewartet werden.

In der Besprechung der Interpellation betonte **Abg. Dr. Emminger** (Bayer. Volksp.), daß es Pflicht sei, allen rechtlichen Bedenken leidenschaftslos nachzugehen. Unmöglich aber sei es, in die Justizhoheit der Länder einzugreifen. Die Gerechtigkeit dürfe nicht dazu benützt werden, um Parteifreunde der Strafe zu entziehen.

Die Weiterberatung der Interpellation wurde dann auf Dienstag nachmittag, 2 Uhr, vertagt.

*

Durch den Mund Pregers hat Bayern also wieder einmal vor der jüdischen Börsenpresse kapituliert. Anstatt den Verräter zu hängen, wird ihm nahegelegt, um Gnade zu bitten. „Nationale" Regierungen . . . .

Lockspitzelarbeit

tu. **Berlin, 3. Juli.** Dem „Lokalanzeiger" wird aus Frankfurt von unterrichteter Seite mitgeteilt: Ein im Polizeigewahrsam deutscher Behörden befindlicher Duisburger Arbeiter namens Bademann hat eingestanden, und zwar unter Angabe von Ort und Zeit, daß er mit b e l g i s c h e n G e h e i m p o l i z i s t e n z u s a m m e n g e k o m m e n s e i, d i e i h n u n d e i n i g e a n d e r e D u i s b u r g e r b e n u t z e n w o l l t e n, u m g e g e n d a s R a t h a u s u n d d a s T h e a t e r B o m b e n a t t e n t a t e z u m a c h e n.

Ein echter Marxist.

Neue Postgebührenerhöhungen ab 1. August um 333 Proz.

tu. **Berlin, 3. Juli.** Heute vormittag ist ein Ausschuß des Verkehrsbeirates zusammengetreten, der sich mit der Festsetzung der neuen Postgebühren für den 1. August befassen soll. Vom Ministerium wird eine Erhöhung um 333 Prozent vorgeschlagen, die jedoch nur als allgemeine Grundlage zu gelten hat. — Somit bereiten sich die Herren in Berlin auf einen großen Zusammenbruch vor. Mit Recht! Aber warum belügt man uns noch über die „nationale passive Abwehr"?

Straffreier Landesverrat

Als die „Unabhängige Sozialdemokratie" sich voriges Jahr mit der „S. P. D." vereinigte, blieb eine Droschke voll Leuten unter Führung von L e d e b o u r allein auf weiter Flur. Sie behielten das alte Firmenschild und verheirateten sich mit dem Goldschieberinseratenteil eines Neuköllner Generalanzeigers. Zum Redakteur bestellten sie sich den s a t t s a m b e k a n n t e n D a v i d s o h n, der in weiser Selbsteinschätzung sein Geschreibe von einem Strohmann verantworten läßt. Was sich dieser Herr leistet, sei an folgendem Beispiel festgenagelt: In Nr. 138 des „Weckruf", Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie, heißt es unter der Schlagzeile: „W e s h a l b s c h r e i t e t d i e E n t e n t e n i c h t e i n?" z. B.:

„Ohne uns über die zu erwartenden Anwürfe der deutsch-völkischen, deutschnationalen, mehrheitssozialistischen ‚Patrioten' zu kümmern, fragen wir: Weshalb schreitet die Entente gegen diese ständigen frevlerischen Verletzungen des Versailler Vertrages nicht ein? (G e m e i n t s i n d d i e H i t l e r s c h e n F o r m a t i o n e n, deren rechtliche Basis ungefähr der der — „Proletarischen Hundertschaften" entspricht. Red.) . . . Napoleon I. ließ sich von dem damals ziemlich winzigen Preußen mit dem Krümpersystem täuschen und mußte es kaum ein Jahrzehnt später — 1813—1815 — bitter büßen. Preußen siegte schließlich im Verein mit seinen Bundesgenossen gegen Napoleon. Es kam die ‚Heilige Allianz', d. h. die Niederhaltung der eigenen Völker in Preußen, Österreich, Rußland; es kam die politische Finsternis der Metternich usw. Es kam 1848, Wrangel, Bismarck usw. Es kam die ‚große' militaristisch-kapitalistische Entwicklung, es kam Sozialistengesetz, Wilhelm II. und schließlich der Weltkrieg! — W i l l d i e E n t e n t e s i c h v o n d e n s c h w a r z e n K r ü m p e r n d e s J a h r e s 1 9 2 3 e b e n s o b e g a u n e r n l a s s e n, wie Napoleon I. sich zu Anfang des 19. Jahrhunderts von den Schülern des neuen Krieges hinters Licht führen ließ? W e s h a l b s c h r e i t e t d i e E n t e n t e n i c h t e i n? (in gesperrtem Fettdruck) W e s h a l b n i c h t?"

Das **steht nicht im P a r i s e r „J o u r n a l"**, sondern in einer in B e r l i n g e d r u c k t e n **„deutschen"** Z e i t u n g! E n t e n t i s c h e r a l s d i e E n t e n t e, darf ein p o l i t i s c h e s S u b j e k t f r i s c h u n d f r ö h l i c h d e n F e i n d i n s L a n d h e r e i n h e t z e n, darf denunzieren und der antideutschen Auslandspresse Stichworte zuschanzen — w e d e r s e i n P a r t e i c h e f, noch das G e s e t z z u m S c h u t z d e r R e p u b l i k, n o c h d i e H ü t e r d e s L a n d e s s c h u t z p a r a g r a p h e n f a l l e n i h m i n d e n A r m. S e l b s t v e r s t ä n d l i c h . . .

*

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger aber lobte kürzlich die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, dieselbe, deren Haupt, Crispien, kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt.

Zeichen der Zeit

Im „Hinterländer Anzeiger" des Kreises Biedenkopf (Hessen-Nassau) Nr. 73 vom 26. Juni 1923 steht folgende Meldung: „B e b r a. Bei dem Umbau der hiesigen Synagoge wurde unter dem Fußboden durch eine Steinplatte verdeckt ein Skelett eines etwa 5 Jahre alten Mädchens gefunden. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet." Es ist nur schade, daß man an dem Skelett eines so jungen Mädchens nicht nachweisen kann, ob es ein jüdisches oder ein christliches Mädchen gewesen ist.

*

97

Oliver Twist

Roman von Charles Dickens.

Diese Worte waren kaum ihren Lippen entflohen, als Grimwig, welcher bisher getan hatte, als lese er in einem großen, auf dem Tisch liegenden Buche, dasselbe mit großem Geräusch zuschlug, sich im Stuhle zurücklehnte und, aus seinem Gesichte jeden anderen Ausdruck als den des höchsten Staunens verbannend, die Dame mit weiten, starren Augen ansah; dann schnellte er sich, als ob er sich schäme, so viel innere Bewegung verraten zu haben, durch eine gewissermaßen konvulsivische Anstrengung in seine vorige Stellung zurück, sah gerade vor sich hin und ließ ein langes und tiefes Pfeifen vernehmen, das jedoch nicht in der leeren Luft, sondern in den innersten Winkeln seines Magens zu ersterben schien.

Herr Brownlow war nicht weniger überrascht, obgleich sich sein Staunen nicht in derselben wunderbaren Weise kundgab. Er rückte mit seinem Stuhle Miß Mahlie näher und sagte:

„Erweisen Sie mir den Gefallen, mein wertes Fräulein, das Wohlwollen und die Güte, von denen Sie sprechen, und von denen sonst niemand etwas weiß, ganz aus dem Spiele zu lassen; und wenn es in Ihrer Macht steht, irgendeinen Beweis beizubringen, der die ungünstige Meinung, welche ich einmal von diesem armen Kinde zu fassen veranlaßt wurde, zu ändern vermöchte, so bitte ich Sie um Gottes willen, mir denselben mitzuteilen."

„Ein böser Bube — ich will meinen Kopf aufessen, wenn er nicht ein böser Bube ist", grollte Herr Grimwig in derselben bauchrednerischen Weise, ohne eine Muskel seines Gesichtes zu verziehen.

„Er ist ein Kind von edlem Wesen und warmem Herzen", versetzte Rosa errötend; „und jene Macht, welche es für geeignet hielt, ihm Prüfungen über seine Jahre aufzulegen, hat in seine Brust Gefühle gepflanzt, welche vielen Ehre machen würden, die sechsmal die Zahl seiner Jahre gelebt haben."

„Ich bin erst einundsechzig," meinte Herr Grimwig mit demselben unbeweglichen Gesichte, „und da der Teufel dabei mit im Spiele sein müßte, wenn dieser Oliver nicht wenigstens zwölf Jahre alt ist, so sehe ich nicht, wo die Nutzanwendung dieser Bemerkung liegt."

„Kümmern Sie sich nicht um meinen Freund, Miß Mahlie," entgegnete Herr Brownlow, „er meint's nicht so schlimm, als seine Worte lauten."

„Ja freilich meint er's", brummte Herr Grimwig.

„Nein, er meint's nicht", erwiderte Herr Brownlow, offenbar gereizt.

„Er will seinen Kopf aufessen, wenn er's nicht meint", versicherte Herr Grimwig.

„Er verdiente, daß man ihm denselben abschlüge, wenn er's täte", sagte Herr Brownlow.

„Und es würde ihm ein ungemeines Vergnügen machen, den Mann zu sehen, der etwas der Art an ihm vornehmen wollte", versetzte Herr Grimwig, seinen Stock auf den Boden stoßend.

Nachdem es so weit gekommen war, nahm jeder von den beiden alten Herren eine Prise, worauf sie sich wie gewöhnlich, zum Zeichen der Versöhnung die Hände schüttelten.

„Nun, Miß Mahlie," sagte Herr Brownlow, „kehren wir zu dem Gegenstand zurück, an dem Ihre Menschenfreundlichkeit so lebhaften Anteil nimmt. Darf ich fragen, welche Kunde Sie von dem armen Kinde haben? Erlauben Sie mir jedoch vorauszuschicken, daß ich alle mir zu Gebote stehenden Mittel, ihn ausfindig zu machen, erschöpfte, und daß der erste Eindruck — ich glaubte nämlich, von ihm belogen und auf Anraten seiner früheren Gefährten bestohlen worden zu sein — seit meiner Abwesenheit von diesem Lande einen beträchtlichen Stoß erlitten hat."

Rosa, welche inzwischen Zeit gehabt hatte, ihre Gedanken zu sammeln, berichtete nun in kurzen Worten alles, was sich mit Oliver zugetragen, seit er Herrn Brownlows Haus verlassen hatte, indem sie sich Nancys Mitteilung für eine Unterredung unter vier Augen vorbehielt. Sie schloß mit der Versicherung, sein einziger Kummer seit mehreren Monaten sei der gewesen, daß er seinen ehemaligen Wohltäter und Freund nicht wieder auffinden konnte.

„Gottlob!" rief der alte Herr. „Diese Nachricht macht mich über die Maßen glücklich. Aber Sie haben mir noch nicht gesagt, wo er sich gegenwärtig aufhält, Miß Mahlie? Verzeihen Sie, wenn ich Sie darum tadle, daß Sie ihn nicht gleich mit hergebracht haben."

„Er wartet in einer Kutsche an der Türe", versetzte Rosa.

„An dieser Türe?" rief der Herr.

Mit diesen Worten eilte er aus dem Zimmer, die Stiege hinunter, an den Kutschenschlag und in die Kutsche.

Als die Zimmertüre hinter ihm geschlossen war, richtete Herr Grimwig seinen Kopf empor, und ließ unter Beistand seines Stockes und des Tisches seinen Stuhl um eines seiner Hinterbeine drei ganze Kreise beschreiben, ohne dabei seinen Sitz zu verlassen. Nachdem er mit diesem Manöver zustande gekommen war, hinkte er wohl ein dutzendmal, so schnell er konnte, im Zimmer auf und ab, machte dann plötzlich vor Rosa halt, und gab ihr ohne weitere Einleitungen einen Kuß.

„Pst!" sagte er, als die junge Dame, ob diesem ungewöhnlichen Beginnen bestürzt, aufstand, „seien Sie unbesorgt. Ich bin alt genug, um Ihr Großvater sein zu können. Sie sind ein herrliches Mädchen — Sie gefallen mir. — Doch da kommen sie schon."

Er brachte sich rasch durch eine geschickte Wendung wieder in seine frühere Lage, und unmittelbar darauf trat Herr Brownlow mit Oliver, der von Herrn Grimwig sehr gnädig aufgenommen wurde, ins Zimmer. Wäre die Freude, welche Rosa in diesem Augenblick empfand, der einzige Lohn für alle Ängsten und Sorgen gewesen, die sie um Olivers willen schon empfunden hatte, sie würde ihr reichen Ersatz dafür geleistet haben.

„Es ist noch jemand anders da, den wir nicht vergessen dürfen", sprach Herr Brownlow, die Klingel ziehend. „Ich muß Frau Bedwin rufen."

Die alte Haushälterin entsprach der Aufforderung in aller Eile, machte an der Türe einen Knix und harrte der Befehle.

„Ei, Sie werden doch mit jedem Tage blinder, Bedwin", sagte Herr Brownlow etwas verdrießlich.

„Das ist wahr, Sir", versetzte die alte Frau. „Ich habe aber meiner Lebtage gehört, daß sich die Augen mit dem Alter nicht verbessern."

„Das hätte ich Ihnen auch sagen können," entgegnete Herr Brownlow, „aber stecken Sie Ihre Fenster auf und sehen Sie zu, ob Sie nicht selbst ausfinden können, weswegen ich Sie rufen ließ."

Die alte Frau begann in ihrer Tasche nach der Brille zu suchen; aber Olivers Geduld vermochte es nicht, diese neue Prüfung zu bestehen, sondern eilte, dem Drange seines Herzens folgend, in ihre Arme.

„Gott sei mir gnädig!" rief die alte Frau, ihn umschlingend, „es ist mein unschuldiger Knabe!"

„Meine liebe alte Pflegerin!" rief Oliver.

„Ich sagte es ja immer, daß er wieder zurückkommen würde", fuhr die alte Frau, ihn in den Armen haltend, fort. „Aber wie gut er aussieht — und wieder ganz wie ein Herrensöhnlein gekleidet! — Wo bist du denn diese lange, lange Zeit über gewesen? Ach, es ist noch dasselbe sanfte Gesicht, nur nicht so bleich — dasselbe sanfte Auge, nur nicht so traurig. Oh, es ist mir alles noch wohl im Gedächtnis — und auch sein ruhiges Lächeln — ich sah es jeden Tag neben dem meiner eigenen lieben Kinder, die tot und dahingegangen sind, als ich noch ein junges und fröhliches Geschöpf war."

Unter solchen Ergießungen lachte und weinte die gute Frau abwechselnd, indem sie Oliver bald zurückdrängte, um zu sehen, wie groß er geworden sei, bald ihn wieder an sich zog und zärtlich seine Haare niederstrich.

(Fortsetzung folgt.)

Die Weisen von Zion an der Arbeit

Der Zufall übergibt uns ein Schriftstück, das in verschiedenen Teilen Deutschlands in letzter Zeit, und zwar in den Schulen, verteilt worden ist. Das Schriftstück sieht folgendermaßen aus:

Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, e. V.
Berlin SW 68, 16. April 1923.
Lindenstraße 13.

Als Manuskript gedruckt.
Veröffentlichung nicht zulässig!

Das deutsche Volk kann dem französischen Einbruch in das Ruhrgebiet nur dann erfolgreich widerstehen, wenn es ihm eine geschlossene innere Abwehrfront entgegensetzt. Der Versuch, diese Einheitsfront zu durchbrechen, ist Hochverrat. Dieser Hochverrat wird fortgesetzt von antisemitischer Seite begangen. Die Judengegner setzen nicht nur ihre bisherigen Angriffe gegen das Judentum fort, sondern sie fügen die neue bösartige Verleumdung hinzu, daß den Juden die Schuld am Einfall in das Ruhrgebiet zuzuschreiben sei.

Zum Beweise dafür, daß tatsächlich diese ungeheuerliche, verhetzende Beschimpfung von antisemitischer Seite fortgesetzt erfolgt, überreichen wir eine Anzahl Zeitungsausschnitte.

Sie geben noch kein vollständiges Bild von dem Umfang der verleumderischen Hetze, da die daneben im Ruhrgebiet von Person zu Person, also ohne Kontrolle der Öffentlichkeit betriebene, die Einheitsfront untergrabende Maulwurfsarbeit ungeheuerlich ist. In zahllosen Exemplaren begegnete uns dort ein Zettel mit folgendem Text:

„Seid wachsam!

Die Franzosen handeln im Auftrag der internationalen Börsenjuden. Der Jude schleift bereits den Dolch, um ihn zum zweiten Male — diesmal mitten ins Herz — zu stoßen. Deutsche, vergeßt nie, daß der Jude der eigentliche Urheber unserer Leiden ist.

Nieder mit den Juden und Judenknechten!"

So entlasten diese Vaterlandsfreunde die Franzosen, um die Juden zu belasten; so wandeln sie die gesunde Empörung gegen den fremden Feind in Haß gegen die jüdischen Mitbürger. Entblödet sich doch Dr. Pudor nicht, in der „Aufklärungskarte Nr. 1, Lichtmond 1923", wörtlich mit Bezugnahme auf den Ruhreinfall zu schreiben: „Weder das eigentliche England, noch Amerika, noch selbst Frankreich haben Teil daran, sondern allein das internationale Judentum, die jüdische Hochfinanz und die Börse und die Weltsynagoge zum Wohl der jüdischen Weltherrschaft."

So vergiften volksfeindlich die „Völkischen" die Luft, die wir atmen, so liefern sie dem Ausland die Grundlage zur Behauptung von der Minderwertigkeit deutschen Charakters, von der Rückständigkeit deutscher Gesinnung.

Es ist uns eine heilige vaterländische Pflicht, den verantwortlichen Volksvertretern aller Parteirichtungen in Parlament und Regierung von diesem Treiben Kenntnis zu geben.

Mögen die berufenen Stellen zielsicher dem schreitenden Unheil entgegentreten, ehe es zu spät ist!

Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
gez.: Justizrat Dr. Brodnitz.

Die angezogenen Zeitungsstimmen aus den rechts stehenden Zeitungen sind selbstverständlich, wie es bei jüdischer Zitierweise üblich ist, aus dem Zusammenhange gerissen. Uns interessieren hier lediglich die aus dem „Völkischen Beobachter". Der Hebräerverein zitiert aus unserer Nummer vom 1. und 12. März:

„Kein deutscher Machtstaat, solange in deutschen Landen noch Vaterlandsverräter und Schurken und Leute, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, ungehängt herumlaufen dürfen ... Notwendig ist die sofortige Lösung der Judenfrage, weil damit die Frage der Volksverhetzung und Volksirreführung aufgelöst ist."

Und aus der Nummer vom 18. und 19. März:

„Der ‚Lokal-Anzeiger' meldet: In Berliner unterrichteten Kreisen wird versichert, daß in kürzester Zeit eine maßgebende englische Persönlichkeit in Berlin eintreffen werde. Es handelt sich um den Direktor der Bank von England Montague Norman (Bankjude). Montague kommt, wie versichert wird, nach Berlin nicht als offizielle englische Persönlichkeit, sondern als Vertreter der jüdischen Hochfinanz! ... Das ist die offiziell anerkannte Herrschaft von privaten Schiebern über das Schicksal von Völkern."

*

Wir sind der Überzeugung, diese Zitate aus dem „Völkischen Beobachter" enthalten nichts, was nicht heute bereits schon jedes Kind weiß. Selbstverständlich ist es für die Hebräer Hochverrat, wenn wir Nationalen von einer Einheitsfront nichts wissen wollen, in der die Levis und die Cohns sitzen. Alljuda hat noch immer Wehe geheult, wenn auf seine dunklen Pläne aufmerksam gemacht worden ist. Das Geschrei wird aber noch viel vernehmlicher werden, und das schlechte Gewissen, das sich schon dadurch verriet, daß in dem eingangs erwähnten Rundschreiben am Kopfe stand: „Veröffentlichung nicht zulässig", wird sich noch gewaltiger regen, wenn wir in den nächsten Tagen mit unseren Veröffentlichungen über die Tätigkeit der Weisen von Zion an der Hand von Parallelen aus der Weltgeschichte der letzten fünfzig Jahre beginnen werden.

An alle Streifbandbezieher!

Die Bezugsgebühr unseres Blattes beträgt für den Monat Juli 1923:

für das Inland 23 000 Mark,
Deutschösterreich 20 000 Kronen,
Ungarn 2000 Kronen.
Tschechoslowakei 10 Kc.,
Jugoslawien 40 Dinare,
Polen 25 000 M. p.,
Italien 10 Lire,
Holland 1 Gulden,
England und bisherige deutsche Kolonien 3 Schilling,
Vereinigte Staaten von Amerika ½ Dollar,
Schweiz und alle übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten 2½ Schweizer Franken.

Wir bitten unsere Streifbandbezieher um Überweisung der oben festgesetzten Bezugsgebühr bis spätestens 10. Juli. Die dauernd steigenden Kosten für Zeitungsherstellung, für Porto und Verpackung zwingen uns, die Vorauszahlung der Bezugsgebühren zu fordern. Um eine regelmäßige Lieferung des Blattes zu gewährleisten, empfehlen wir unseren Auslandsbeziehern außer der Bezugsgebühr für dieses Monat gleichzeitig eine Vorauszahlung für die nächsten Monate zu machen. Zahlungsüberweisungen können auf unser Postscheckkonto München 11 346, auf das Konto Hansa-Bank, e. G. m. b. H., München, Herzogspitalstraße, unter gefl. Angabe „Streifbandbezug", oder direkt an uns geleistet werden.

Unsere Streifbandbezieher in Deutschösterreich wollen die Bezugsgebühren entweder direkt an uns oder auf unser Postsparkassenamt Wien,

Franz Eher Nachf., G. m. b. H., München, Konto-Nr. 79 921,

einzahlen; — die Bezieher in der Tschechoslowakei an die Deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank, Gen. m. b. H. in Reichenberg,

Konto 64 863,

beim Postscheckamt in Prag.

Die österreichischen Erlagsscheine wollen von der Post, die tschechischen Erlagsscheine von der Gewerkschafts- und Gen.-Bank in Reichenberg (letztere gegen Einsendung von 2,5 Kc. für je 10 Stück) bezogen werden.

Mehrere Bezieher sind mit ihren Gebühren noch weit im Rückstande. Wir sehen uns deshalb gezwungen, an Bezieher, die mit den Bezugsgebühren seit Mai im Rückstand sind, ab 5. Juli die Lieferung einzustellen. Wer die Junigebühr noch nicht bezahlt hat, wolle sie sogleich einzahlen (Zahlungsweise siehe oben!), da wir sonst auch diese Lieferungen einstellen müßten.

Verlag „Völkischer Beobachter"
F. Eher Nachf., G. m. b. H.

Letzte Nachrichten

Die Lage zwischen England und Frankreich.

tu. **Paris**, 3. Juli. Die „Nouvelle" will wissen, daß man sich französischerseits entschlossen habe, einer französisch-britischen Zusammenkunft zuzustimmen. Man wolle zunächst Sachverständige nach London schicken, denen eine Aussprache zwischen Poincaré und Baldwin folgen solle. Poincaré sei offenbar besorgt wegen der nervös gewordenen Stimmung im Parlament.

tu. **Paris**, 3. Juli. Der Artikel in der heutigen Morgennummer des „Temps" gibt am besten den Eindruck wieder, den die gestrigen Londoner Pressestimmen auf Frankreich gemacht haben. Ohne Zweifel fühlt man sich in eine diplomatische Verteidigungsstellung gedrängt. Der „Temps" erörtert ausführlich die praktischen Möglichkeiten, die England hätte, um auf Grund der in England befindlichen deutschen Kapitalwerte zur Bezahlung seiner Reparationsansprüche zu kommen. Daraus folgert der „Temps" eine Gefahr für die Ansprüche Frankreichs, Belgiens und Italiens und er warnt geradezu Europa vor der englischen Politik, die phantastische Herrschaftsgelüste zeige.

Poincarés Antwort an England.

tu. Mailand, 3. Juli. Der „Corriere della Sera" teilt über den Inhalt der französischen Antwort auf den englischen Fragebogen mit, daß Poincaré den Gesamtbetrag der „Reparations"forderungen Frankreichs auf 61 Milliarden Goldmark festgesetzt hat. Diese Summe setzt sich zusammen aus der französischen Mindestforderung von 26 Milliarden Goldmark und aus den Kosten der Ruhrbesetzung. Hinzu kommen noch die Anteile der Alliierten, besonders 5 Milliarden Goldmark für Belgien. Frankreich suche mit der Lösung Zeit zu gewinnen, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen.

Frankreichs Beziehungen zu Dorten.

tu. **Paris**, 3. Juli. Aus London wird gemeldet: In der gestrigen Unterhaussitzung kam der Bericht des „Observer" über das Treiben des Dr. Dorten zur Sprache. Das Mitglied der Labour Party, Morel, erklärte, der Bericht stamme zwar nicht von dem Oberkommissar Tirard selbst, sondern von dem Vertreter der Rheinlandskommission in Wiesbaden, Lillers; der Bericht sei dann Tirard vorgelegt worden. Dieser habe ihn aufgefordert, mit Dr. Dorten zu verhandeln. Morel weist darauf hin, daß die Franzosen in mehreren Städten des Ruhrgebietes an die deutschen Arbeiter zu billigen Preisen Kohle abgeben, wenn diese eine Erklärung unterschreiben, daß sie für eine unabhängige Rheinische Republik eintreten. („Berl. Lokalanzeiger".)

Ein angeblich politischer Mord.

tu. **Wien**, 3. Juli. Der 19jährige Mittelschüler Rudolf Noovasat wurde verhaftet, weil er den 18jährigen Ingenieurssohn Konrad Karzer im Walde bei Neulenzbach erstochen hat. Beide sollen Mitglieder eines Sturmtrupps der Nationalsozialistischen Partei gewesen sein; angeblich liegt ein politischer Mord vor.

Kardinal Pfiffl über die sittliche Erneuerung.

tu. **Wien**, 2. Juli. Kardinal Pfiffl forderte anläßlich des Schlusses des Katholikentages die Gläubigen auf, sich ihres Glaubens zu wehren, da sie sonst die erwünschte Beute der Umsturzleute würden. Dämonische Mächte versuchten, die Geister zu verwirren. Nur durch die sittliche Erneuerung aller Österreicher und durch religiöse Wiedergeburt könne Österreich wieder auferstehen.

*

Aber nicht dadurch, daß es sich den Rothschilds ausliefert.

Dr. Heim und die Pfalz- und Ruhrflüchtlinge

Aus Diessen wird uns von vertrauenswürdiger Seite geschrieben:

Vor einigen Tagen wurde seitens des Bezirksamts Landsberg in Diessen bei verschiedenen Hausbesitzern Kontrolle auf das Vorhandensein von Wohnungen für Pfalz- und Ruhrflüchtlinge vorgenommen. Dabei kam man auch zur Villa des Herrn Dr. Heim. Der Eintritt in dieselbe wurde jedoch vom Hausmeister untersagt mit dem Bemerken, daß er strenge Weisung habe, niemand einzulassen. Er zeigte eine Karte des Dr. Heim, datiert vom 1. Mai d. J. vor, auf der geschrieben stand, den Zutritt zur Villa niemand zu gestatten, ganz gleich, wer es auch sei. Der betr. Bezirksbeamte zog darauf unverrichteter Dinge wieder ab, um dem Hausmeister keine Ungelegenheiten zu bereiten. Es bleibt nun abzuwarten, ob das Bezirksamt Landsberg gegen Dr. Heim entsprechend vorgeht, was man bezweifeln möchte.

Die Villa ist nur vom Verwalter bewohnt und dient Dr. Heim zum Sommeraufenthalt. Allerdings ist die Villa ziemlich verwahrlost, doch wenn sie für die Ansprüche des Herrn Heim genügt, dürfte sie auch von einem Ruhrflüchtling zu bewohnen sein. Dr. Heim wird auch wohl noch andere Wohngelegenheiten haben.

Heim hat zweifellos in Kenntnis der Massenausweisungen an seinen Hausmeister den eingangs erwähnten Befehl gegeben, um von einer Einquartierung von Ruhrflüchtlingen verschont zu bleiben. Er ging dabei wohl von der Voraussetzung aus, daß gegen ihn niemand aufzutreten wagt. Auch diese neueste Tat wirft ein Schlaglicht auf seine Gesinnung.

Schlageter-Gedenkmarken
1 Bogen (24 Stück) 800 M., 10 Bogen 7500 M., 50 Bogen 35000 M., 100 Bogen 60000 M.
Versand durch Drucksache
gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme. Porto wird berechnet
Verlag „Völkischer Beobachter"
München, Thierschstr. 15, Abt. Propaganda. Postscheckkonto: München 11346. Frz. Eher Nachf., G.m.b.H.

Der Name der Bayern

Im Unterhaltungsblatt des „Reichsboten" Nr. 48 vom 21. Juni 1923 schreibt Dr. Konrad Müller:

Der Name der Bayern (althochdeutsch Paigira, altisländisch und altsächsisch Beiarer, lateinisch Baiuvarii, Bavarii) führt unmittelbar, ebenso wie der Baiochaimai des griechischen Geographen Ptolemäos, auf das Taciteische Boiohaemum (Germ. 28), also auf Böhmen, das Bojerheim, zurück und bedeutet Verteidiger, Bewohner des Baierlandes. Er weist also schon selbst auf ihre Einwanderung von dort zurück.

Das hat der berühmte deutsche Stammforscher Kaspar Zeuß in seiner Schrift über die „Herkunft der Bayern von den Markomannen" (1839 und 1859) bereits ausführlich und unwiderlegt dargetan. Nach ihm und den neueren Forschungen L. Schmidts, Schönfelds, Muchs, Bremers usw. ist die Entwicklung des Bayernstammes dadurch erfolgt, daß er sich durch abziehende Reste des großen, aber von den Römern zertrümmerten Markomannenreiches in Böhmen bildete. Sie dürften über den Böhmer und Bayrischen Wald in den damaligen Nordgau (Oberpfalz) und zur Donau bei Regensburg herabgestiegen sein und von dort ihre heutigen weiteren Sitze im Südosten eingenommen haben.

Der Zeitpunkt, wann diese Abwanderung geschah, ist umstritten; jedenfalls kennt sie Jordanes (Get. 55) in der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts n. Chr. bereits als Ostnachbarn der süddeutschen Alemannen. Zum ältesten Siedlungsgebiet der Bayern gehört das Land östlich vom Lech bis hinein in das Salzburgische, auch in Tirol und Reichenhall sind sie früh durch ihre Grabfelder bezeugt; südlich dehnte sich ihr Machtbereich bis zu den Langobarden hin aus. Politisch erscheinen sie, anscheinend auf Grund friedlichen Vertrages, immer als ein Teil des Frankenreiches, wenn sie auch in dem Herzogsgeschlecht der Agilolfingi und in anderen vornehmen Edelingen, wie den Hosi, Throzza, Fangana, selbständig hervortreten.

Sie sind also zunächst sicher als böhmische Markomannen anzusprechen, und wir haben uns daher weiter mit diesen etwas näher zu befassen. Denn auch diese sind nicht die Ureinwohner Böhmens, das anfänglich bis zum Thüringer Wald hin den keltischen Bojern eignete — daher seine Benennung als Bojerheim! — sondern germanische Eroberer dort.

Woher sind sie gekommen? Sie gehören dem Volk der Semnonen an, welches das angesehenste und stärkste des ganzen suevischen Bundes war; es saß auf dem rechten Elbufer, wesentlich in der Mark Brandenburg mit größerer, unbestimmbarer Ausdehnung nach Nord und Süd, wo die schlesischen Silingen seine anstoßenden Nachbarn waren; auf ihrem Boden lag nach Tacitus das gemeinsame Bundesheiligtum des deus regnator omnium also des altgermanischen Himmelsgottes, zu dessen Festfeier sich Abgesandte aller Stämme ringsum einfanden. Es scheint, daß die althochdeutschen Namen von Adalswâb und Erchanswâp gerade auf sie zielen. Dies mächtige semnonische Volk dehnte sich dann besonders in südwestlicher Richtung nach dem Erzgebirge zu aus und schob dort die vorhandene bojische Keltenkette zurück; seine vordersten Grenzhüter nahmen dabei den Sondernamen der Markomannen, der Grenzmannen, Märker, an, sowie noch heu in Skandinavien die Bewohner der westlichen Grenzwälder Markamenn heißen. Sie wuchsen schließlich zu einem besonderen Volk heran, hielten aber immer den Zusammenhalt mit dem alten heimatlichen Suevenbund und seinem Heiligtum aufrecht. Schließlich entschlossen sie sich, verstärkt auch durch die verwandten Hermunduren, zur Übersiedlung nach Böhmen selbst; sie erfolgte nach den Kämpfen mit Drusus, also nach dem 9. Jahre n. Chr., über das Erzgebirge und unter Führung des Marobodus, eines tapferen Fürsten, der die Herrschaft der Bojer stürzte und sich nun ein großes Ostreich mit einem befestigten Königssitze unbekannten Ortes schuf. Sein Schwerpunkt hat wohl am Südfuß des Erzgebirges im Flußgebiet der Eger geruht.

Den Römern war diese germanische Schöpfung indes eine Störung ihrer Herrschsucht, und es gelang ihrer Ränkekunst, auch hier den gefährlichen Marobodus mit dem nicht minder gefürchteten Ormin, Germaniens Retter, zu verzwisten und schließlich im Jahre 19 n. Chr. durch die Eifersucht eines zweiten Germanenfürsten, Catualda, ganz zu stürzen. Doch blieb das Markomannenreich zunächst noch unter Königen seines Stammes, erhob sich auch wiederholt zusammen mit den befreundeten Quaden gegen den römischen Fremddruck, so besonders zwischen 166 und 180 n. Chr.

Noch im 4./5. Jahrhundert war die Hauptmasse des Volkes in Böhmen, stand auch in Attilas Heer; auch taucht um 400 eine markomannische Königin Frithigil als Christin auf. Seit dem 6. Jahrhundert aber ist die Markomannenherrschaft verschwunden und in ihre leergewordenen Sitze schleichen sich nun still und meist im Nachtrab anderer Eroberer, z. B. der Avaren, die tschechischen Slawen ein, wie vorsichtige Füchse in verlassene Dachsbaue einziehen. Dafür treten seit dem 6. Jahrhundert die Bajovaren an Donau und Lech auf und bilden nun das Bayernreich, dessen letzte Wurzel also tatsächlich bei den Semnonen in der Mark Brandenburg liegt.

Wie kleinlich und einfältig erscheint daher bei solcher gemeinsamen Bande des Blutes jede Sonderung oder Eifersucht zwischen Nord und Süd! Wenn daher „ein sölcher geselchter" weißblauer gelegentlich nach Sieglschem oder Miesbacher Muster wieder einmal von einem „S.. preiß" schwärmt, darf man ihm mit vollem Recht antworten: „Selbs ainer!" Und das ist wenigstens ein Humor von der an sich unerfreulichen Sache, zumal in dieser trüben Zeit.

„Der Hias". Es ist ein Verdienst der Leitung des Münchener Theaters (in den Blumensälen), daß sie bestrebt ist — was eigentlich Pflicht eines jeden Theaters sein müßte —, von Zeit zu Zeit durch vaterländische Volksstücke die Erinnerung an eine große Zeit unseres Volkes in der Bevölkerung lebendig zu erhalten. Mit der Aufführung des „Hias", zum erstenmale am vergangenen Samstag, wird diese Aufgabe restlos gelöst. Ist doch der „Hias", jenes Werk des bekannten nationalen Vorkämpfers Heinrich Gillarbone, das während des Weltkrieges nicht nur in der Heimat, sondern auch bei denen, von deren Treue es künden soll, den Feldgrauen an allen Fronten, endlose Begeisterung auslöste. Daß der „Hias" auch heute noch mit Jubel und Begeisterung aufgenommen wird, zeigt einerseits, daß das Stück wirklich ein Volksstück in des Wortes wahrster Bedeutung ist; andererseits, daß wir Deutsche noch lange nicht alle Hoffnung auf eine Änderung unseres Schicksales aufgeben brauchen. — Die Aufführung selbst unter der Leitung Philipp Weichands, der in bekannter Vollendung und Frische den Hias darstellte, war ausgezeichnet und verdiente den gespendeten, stürmischen Beifall vollauf. Das Gleiche gilt von den humoristischen, musikalischen und rezitativen Einlagen im zweiten Akt. Von den vaterländischen Kreisen Münchens aber, besonders von unseren Nationalsozialisten, möchte ich verlangen, daß sie das vaterländische Werk des Dichters des „Hias" durch einen Massenbesuch der Aufführungen im Münchener Theater unterstützen.
H. E.

Filmschau. Ich halte es zweifellos für verdienstlich, wenn der Film nunmehr herangeht, das Leben großer deutscher Männer im Bild festzuhalten. Um etwaige kleinliche Bedenken gegen die Herstellung solcher Filmwerke zu zerstreuen, setze ich selbstverständlich voraus, daß die Spielleitung in deutschen Händen liegt. — Den Erfolg biographischer Großfilme konnte man doch schon an „Fridericus Rex" feststellen. Die Sendlingertor-Lichtspiele (Karl Gabriel) bringen nun einen neuen Großfilm in 7 Akten, „Friedrich Schiller", eine Dichterjugend (Liebes- und Leidenszeit des großen Dichters), von Kurt Götz. Unter der Spielleitung von Kurt Götz entstand wiederum ein Filmwerk, das dem „Fridericus Rex" keinesfalls nachsteht. Es blieb nicht nur etwa beim Versuch, sondern es ist in diesem Filmwerk auch wirklich gelungen, ohne aufdringliche Aufmachung das Leben Schillers als Karlsschüler bis zum Feldscher in gewinnender, volkstümlicher Form festzuhalten. — „Polikuschka", ein Drama der Knechtschaft in 7 Akten, nach Leo Tolstoi. Dieser Film in „echt russischer Bearbeitung" wird gegenwärtig in den Rathaus-Lichtspielen (Karl Gabriel) gezeigt. Russische Spielleitung, russische Darsteller, die aber zweifellos mit zu viel Gefühl arbeiten, verhelfen dieser Tragödie zu einem gewissen Erfolg. — Die Regina-Lichtspiele (Wilhelm Sensburg) führen ihren Besuchern einen Münchener Film vor. „Das Wirtshaus im Spessart", ein Spiel in 6 Akten, nach Wilhelm Hauff. Leider ist es der Spielleitung (Ad. Wenter) nicht gelungen, jene Märchenstimmung zu erzielen, ohne die ein solcher Film keine Daseinsberechtigung hat. Es hat lediglich den Anschein, als ob die Orbis-Film-Gesellschaft (Herr Gugenheim) den „Versuch" machen wollte, auch einen zeitgemäßen „deutschen" Film herzustellen. Das sollte man aber wirklich nur Deutschen überlassen! Der junge Gugenheim hat sich auch schon als Darsteller betätigt. Ich bin überzeugt, daß er in zweifellos kürzester Zeit Spielleiter sein wird. (Ob er Talent hat? — Ich bitte Sie, das ist doch gar nicht notwendig.

Zum Hofbräuhaus-Skandal

Ins Stammbuch der Regierung und des Landtags!

Die „Verreichlichung“ der bayerischen Staatsbahnen war bisher nichts anderes als eine verdeckte Enteignung staatlichen Eigentums zugunsten der überstaatlichen Weltbörse, die durch die Entente die Hand darauf legen läßt; Regierung und Volksvertretung haben gegenüber diesem Angriff auf Nationalgut vollständig versagt. Ein neuer Schachzug des Spekulationsgeistes ist im Gange. Er richtet sich gegen den bedeutendsten bayerischen Staatsbetrieb, das Hofbräuhaus. Das gegenwärtige Finanzministerium hat den dunklen Plänen bereits ein williges Ohr geliehen. Die Bedeutung und Tragweite dieser Frage scheint auch in der Öffentlichkeit nicht die genügende Würdigung zu finden. Die Preisgabe des wichtigsten Staatsbetriebes muß aber unter allen Umständen verhindert werden! Es handelt sich hier um unverkümmerbare Urrechte des ganzen Volkes, gegen deren Vergewaltigung durch kapitalistische Sonderinteressen wir uns mit der ganzen Kraft unserer Überzeugung auflehnen. Zunächst konstatieren wir lediglich die Bedeutung des Hofbräuhauses als Staatsbetrieb.

5. November 1895.

Kammer der Abgeordneten, 166. Sitzung.

Abgeordneter Dr. Ratzinger: Meine Herren! Ich habe im letzten Landtag dem Herrn Minister die dringende Bitte ans Herz gelegt, daß das Hofbräuhaus wieder zu dem alten Rezept zurückkehrt. Ich habe damals mein Bedauern ausgedrückt, daß die Korrektur der Klosterbiere(!) verschwunden ist, speziell des hiesigen Franziskanerbieres. Das war ein großes Übel. Ich habe damals gemeint, das Hofbräuhausbier sollte für die übrigen Brauereien als eine Art Regulator dienen, um zu zeigen, daß ein gesundes, gutes und nahrhaftes Bier um einen bestimmten Preis(!) hergestellt werden könne. Meine Herren! Der Herr Finanzminister hat damals die Zusage gemacht, es werde besser werden, das Publikum hat aber nichts davon gespürt. Das Hofbräuhaus macht eben alle schlechten Gewohnheiten der übrigen Brauereien nach und ist auf dieselbe Stufe gesunken! — — Ich möchte damit schließen, daß ich wiederum dem Herrn Finanzminister die Bitte vortrage, dafür zu sorgen, daß im Hofbräuhaus ein anderer Geist einzieht und das alte Rezept wieder aufgefrischt werde, damit das Hofbräuhausbier ein nahrhaftes (!), gesundes (!), gehaltvolles(!) und billiges Bier bleibe!

Abgeordneter Dr. Riedel: Meine Herren! Das Hofbräuhaus ist Staatsanstalt, nicht eine Anstalt der Regierung! (Dem gegenwärtigen Finanzminister vom Jahre 1923 ins Stammbuch!)

Abgeordneter Grillenberger: — insofern hat der Herr Minister recht, da das Hofbräuhaus von jeher eine Art Regulator gewesen ist; der Preis des Bieres und die Qualitätsverhältnisse wären vielleicht schlimmere geworden, wenn das Hofbräuhaus nicht vorhanden wäre.

Abgeordneter Burger: Ja, meine Herren, ich glaube, die Stadt München hätte alle Ursache, für die Erhaltung des Hofbräuhauses einzutreten, denn wenn das Hofbräuhaus von der Bildfläche verschwinden würde, dann würden genau dieselben Zustände eintreten wie in anderen Großstädten auch. Sie bekommen ein Luxusbier, und dann ein gewöhnliches Bier, was man mit anderem Namen als „Plempel“ bezeichnet. Sie würden das eine viel teurer bezahlen, und das andere würde nur für das gewöhnliche Publikum berechnet sein. (Klassensystem!) Daß das Hofbräuhaus vorteilhaft ist, hat sich vor zwei Jahren bewiesen, wo die Großbrauereien mit den Bierpreisen in die Höhe gingen und das Hofbräuhaus auf seinen Preisen stehen blieb. Die Folge war, daß die anderen später wieder herunter gegangen sind. — Diesen wackeren Volksmännern gebührt heute noch unser aller Dank und Ehre!

Fusionierungsbestrebungen 1921.

In diesem Jahre erschienen in der Tagespresse immer wieder Notizen mit dem Inhalt, daß der Staatsbetrieb Hofbräuhaus mit einem Privatbetrieb fusioniert werden solle. Im Zusammenhang damit dürfte es die Öffentlichkeit interessieren, daß das Hofbräuhaus schon längst dem Ring der Privatunternehmungen eingegliedert ist und seine Funktion als staatlicher Preisregler eingebüßt hat. Der Bierpreis wird mithin tatsächlich von den Aktienunternehmungen diktiert. Das Biersyndikat hat nun an der Landesversorgung zu einem allgemein erschwinglichen Preis und in bekömmlicher Qualität kein Interesse. Er sieht auf den „blühenden“ Export und nimmt den Rückgang des einheimischen Konsums und den Untergang des soliden Gastgewerbes gleichgültig hin. Die Beweise hierfür sind zur Hand. Daß damals die vom Spekulationsgeist angestrebte Fusionierung nicht gelang, verdanken wir den Arbeitern und Angestellten des Hofbräuhauses und ihrem mannhaften Betriebsrat, der die Auskömmlichkeit des Betriebes nachwies und den Landtag aufforderte, „einmal nach dem Rechten zu sehen und die Vorlage der Bücher des Hofbräuhaus-Betriebes zu fordern“. Die Landtagsfraktionen erklärten damals, an eine Fusionierung mit einem Privatbetrieb sei nicht zu denken, höchstens (!) würde ein kleinerer Privatbetrieb angegliedert. Als ob nicht das allein schon die Aufgabe der staatlichen Selbstständigkeit wäre!

„Münchener Hofbräu“ A.-G. 1923.

In Nr. 121 und 122 des „Völkischen Beobachters“ hat der neueste Plan bereits eine eingehende Würdigung gefunden. Der „Ausschuß für Volksernährung“ schließt sich diesen Ausführungen an mit folgender grundsätzlichen Erklärung:

In Bayern ist mit Rücksicht auf die klimatische Beschaffenheit des Landes das Bier seit vielen Jahrhunderten allgemeines Volksgetränk. Der nationale Schaden, der darin liegt, daß aus dem Nährgut ohne Kapitalwert ein Kapitalgut ohne Nährwert geworden, ist unübersehbar, denn das Bier war zugleich Währungsgut. Mit dem Bierpreis wurden sämtliche Lebensmittelpreise in Beziehung gesetzt, die sich einfach an den Grundpreis des allgemeinen Lebensmittels angliederten. Die normale Preisbildung des Bieres wurde durch den Staatsbetrieb bestimmt und überwacht. Nur auf diese Weise war es möglich, jahrhundertelang(!) die Stabilität der Lebensmittelpreise zu erhalten.

Da in diesen Staatsbetrieben die einfachen Produktionskosten amtsbekannt waren, gab ihr Preis die Grundlage auch für die übrigen Lebensmittel ab, so daß für das typische Gewinnstreben eines ungesunden Handels überhaupt kein Boden vorhanden war. Um das Jahr 1870, vor allem mit der Gründerperiode beginnt der verderbliche Umschwung, d. h. die Epoche der steigenden Preise und die spekulative Preisbildung durch die Beseitigung der Lebensmitteltaxen (§ 72 der Reichsgewerbeordnung). Die Nichtbeachtung dieser „Kleinigkeiten“ führte zum gegenwärtigen Zustand der absoluten Preisverwilderung. Hie Spekulationsfreiheit — — hie Volksknebelung.

Den Ausblick auf den einzig möglichen Weg zur Gesundung eröffnen die Staatsbetriebe, deren nationalwirtschaftlicher Zweck darin bestand und wieder bestehen muß, im Interesse der Allgemeinheit nach Qualität, Quantität und Preis regulierend und überwachend auf die Versorgung mit Nährgut einzuwirken. Die Aufgabe der Verwaltung für die Gegenwart ist somit viel weniger die Preisprüfung im einzelnen, als die Wiederherstellung innerlich gerechtfertigter Preise auf allgemeiner, normaler Basis(!) und damit zugleich die schonungslose Verfolgung aller anderen Preise, welche durch wirtschaftlich oder moralisch verwerfliche Mittel erzeugt, eine Zwangslage des Volkes schaffen!

Statt dessen fördert man die Bestrebungen des Biersyndikats, den Staatsbetrieb zu beseitigen. Das bedeutet die Zerstörung des letzten Anknüpfungspunktes für die Rückkehr zu einer gesunden Preisbildung aus dem Zahlenwahnsinn der Gegenwart! Damit läßt der Staat die letzte mächtige Handhabe fahren, mit der er getreu seiner Schutzpflicht für Nährgut und Arbeitskraft, auf den Bierpreis und die Beschaffenheit des Volksgetränks regulierend wirken könnte. Damit verzichtet er ferner darauf, die Stabilität der Lebensmittelpreise wieder zu erobern. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Preisbildung nicht mehr nach dem Gesichtspunkt des allgemeinen Wohls sich vollzieht, nach Treu und Glauben im wirtschaftlichen Verkehr, sondern endgültig der Gewinnabsicht des Trustkapitals unterworfen ist. Seit Jahren betrachten wir das frivole Spiel, wie jede willkürliche Bierpreiserhöhung im Zusammenhang steht mit den schwindelhaften Milchpreiserhöhungen und der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung, wie die katastrophale Preisverwilderung gesteigert wird, bis zu dem Punkt, wo das Volk, Mittelstand und Arbeiterschaft eben zusammenbrechen. So wird das Volk in die moderne Sklaverei hineingepeitscht auf dem Wege der Entstaatlichung unserer Wirtschaft zugunsten der Monopolstellung des international gerichteten Trustkapitals im Lebensnotwendigen!

Wir erblicken daher in dem Bestreben nach Auflösung des Staatsbetriebs im „Hofbräuhaus“ einen Akt ausgesprochener Volksfeindlichkeit und rufen alle Volkskreise auf, gegen diesen Unfug zu protestieren.

München, im Juni 1923.

„Ausschuß für Volksernährung“ der N.S.D.A.P.

*

Trotz des erdrückenden Beweismaterials, das wir über die skandalösen Zustände im Hofbräuhaus veröffentlichten, hat kein einziges Münchener Blatt, nicht einmal der sich so oft als überbayerisch aufspielende „Bayr. Kurier“, davon irgend Kenntnis genommen! Wieder ein schlagender Beweis dafür, daß nur der „Völkische Beobachter“ wirklich und unerschrocken die Belange des bayerischen Volkes vertritt!

Münchener Beobachter

Das 13. Deutsche Turnfest

Jetzt ist das amtliche Programm für die Abwicklung des Festzuges am Sonntag, den 15. Juli, erschienen. Es zeigt ganz besonders, eine wie riesenhafte Veranstaltung das Deutsche Turnfest in München sein wird. Die Festzugsleitung hat nach den eingelaufenen Meldungen mit einer Teilnehmerzahl von 120 000 Turnern und Turnerinnen zu rechnen. Damit sowohl die Zugsteilnehmer als auch die Zuschauer voll befriedigt werden, werden zwei Festzüge gebildet, die auf ihrer ganzen Länge aneinander vorbeimarschieren. Saarländer, Rheinländer, Deutschböhmen, Badener, Hannoveraner, Bayern, Ostdeutsche und Oberschlesier, die Ausländer, die Thüringer, Sachsen, kurz alle Gaue des deutschen Sprachgebietes werden in den beiden Zügen vertreten sein.

Punkt 10 Uhr setzen sich die beiden Festzüge in Bewegung. Um 12 Uhr künden Kanonenschläge ein kurzes Halt. Die Trommlerabteilungen schlagen einen kurzen Wirbel und künden damit die Ehrung der im Völkerringen gefallenen Turner an; die Fahnen werden gesenkt, die Kirchenglocken Münchens fordern zu kurzer Andacht auf, die Musik spielt „Ich hatt' einen Kameraden“; das Lied wird in seinen drei Strophen gesungen. Nach kurzem Trommelwirbel setzen die Züge ihren Weg fort.

Auf der ganzen Wegstrecke sind alle 400 Meter Musikabteilungen und Trommlerkorps postiert, die sich ständig ablösen, so daß der Marsch stets unter Musikbegleitung oder Trommelschlag geschehen wird. Man sieht also der 15. Juli wird in München ein großer Festtag der deutschen Turnersache werden, der Hunderttausende auf die Beine bringen und die ganze bayerische Landeshauptstadt beherrschen wird.

13. Deutsches Turnfest 1923. Der Kartenvorverkauf für die Festabende des Deutschen Turnfestes ist eröffnet. Zur Ausgabe gelangen die Karten für die mit großem, vielseitigem Programm ausgestatteten Fest- und Festspiel-Abende vom 7.—12. Juli (einschließlich) in der für 5000 Festbesucher eingerichteten Halle 1 des Ausstellungsparkes. Der Tagespreis für die Abendhallenkarte ist 5000 M. und ermäßigt sich bei Vorweis der Dauerkarte auf 3000 M., bei Vorweis der Festteilnehmerkarte auf 2000 M. Mit der Einrichtung des Vorverkaufs von Eintrittskarten für die Festhalle soll der Münchener Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden, sich im Hinblick auf den ungeheuren Andrang zu den Veranstaltungen des Deutschen Turnfestes im Vorzug und rechtzeitig Eintrittsmöglichkeit zu sichern. Vorverkaufsstellen: Für die Tageskarten und für die ermäßigten Zusatzkarten für Dauer- und Festkarten-Inhaber: Schalter am Ausstellungspark; Hieber, Marienplatz; Schmid Nachfg., Residenzstraße 18; Bauer, Wurzerstraße 16.

Deutsches Turnfest — Polizeistunde. Die Polizeistunde wird für die Stadt München aus Anlaß des Deutschen Turnfestes für die Zeit vom 8. bis einschließlich 22. Juli d. J. täglich auf 1 Uhr nachts festgesetzt. Von diesem Zeitpunkte an bis 5 Uhr morgens dürfen Gäste in Schankstuben und an öffentlichen Vergnügungsorten nicht verweilen.

Deutsches Turnfest und Beherbergungssteuer. Teilnehmer und Besucher des Deutschen Turnfestes unterliegen — entgegen der in der Veröffentlichung des Wohnungsausschusses für das Deutsche Turnfest vertretenen Ansicht — der gemeindlichen und auch der Reichsbeherbergungssteuer, sofern sie von gewerbsmäßigen Vermietern (Hotels, Pensionen, Saisonsvermietern usw.) beherbergt werden. Eine Steuerpflicht ist nur dann nicht gegeben, wenn es sich nur um eine einmalige, gelegentliche Vermietung aus Anlaß des Deutschen Turnfestes handelt, die also rein persönlichen Empfindungen und nicht der Absicht der Gewinnerzielung entspringt. Die Steuerpflicht ist auch dann gegeben, wenn bei verschiedenen, während der Fremdensaison stattfindenden Veranstaltungen, Tagungen usw. an Teilnehmer derselben Zimmer gegen Entgelt abgegeben werden. Amtliche Aufschlüsse über die gemeindliche Beherbergungssteuer werden von der Städt. Steuerstelle, Rathaus, 3. Stock, Zimmer 347, über die Reichsbeherbergungssteuer vom Finanzamt München II, Umsatzsteueramt, Alter Hof, 3. Aufgang, 3. Stock, erteilt.

*

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Die zwischen Island und Schottland gelegene Depression wird den Kontinent voraussichtlich überhaupt nicht betreten. Wir rechnen daher für Pfalz und Nordbayern mit dem Fortbestand des heiteren Wetters; auch in Südbayern wird Aufklaren eintreten, sobald das schwache noch gegen den Alpenkamm gerichtete Druckgefälle sich ausgeglichen haben wird.

Wettervorhersage für Mittwoch, den 4. Juli: Pfalz und Nordbayern vorwiegend heiter, auch in Südbayern wieder Aufklaren.

Der Mord an dem Studenten Baur. Die Erhebungen in dem Verfahren über die Ermordung des Studenten Karl Baur aus Wismar haben nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft — außer zur Festnahme des Täters August Zwengauer — noch zur Verhaftung der beiden Brüder Johann und Ernst Berger von München und des Privatdozenten a. D. Dr. Ruge aus Heidelberg, seit einiger Zeit gleichfalls in München wohnhaft, geführt. Bei dem jetzigen Stand des Verfahrens kann über den Inhalt der Beschuldigungen gegen die Genannten nähere Mitteilung nicht gemacht werden, um die Untersuchung nicht zu gefährden. Die Erhebungen werden mit allen Mitteln gefördert, um die Hauptverhandlung womöglich noch im August stattfinden zu lassen.

Kohlenpreise. Für ab 1. Juli erfolgte Werkslieferungen wurden seitens der städtischen Preisprüfungsstelle folgende Kleinverkaufspreise für den Zentner in Säcken frei Haus begutachtet: Oberbayerische Kohlen 47 500 M., Mitteldeutsche Briketts 39 500 M. Bei Lieferung in offenen Fuhren ermäßigt sich der Preis um 200 M., bei Selbstabholung ab Lager eines Händlers mit Gleisanschluß um 3100 M., bei den übrigen Händlern um 2500 M. pro Zentner.

Erhöhung der Verpflegssätze in den städtischen Krankenanstalten. Die Verpflegssätze in den städt. Krankenanstalten einschließlich Sanatorium Harlaching wurden seitens des Stadtrats ab 1. Juli 1923 neu festgesetzt wie folgt: Einheimische: 1. Kl. 32 500 Mark, 2. Kl. 25 300 M., 3. Kl. 27 000 Mark, Säle 25 800 M.; Auswärtige: 1. Kl. 36 800 M., 2. Kl. 29 300 M., 3. Kl. 30 900 M., Säle 29 700 M.; Heizzuschlag (1. Okt. bis 30. April): 1. Kl. 6800 M., 2. Kl. 5000 M., 3. Kl. 4200 M., Säle 3900 M. Ärztehonorar, Verköstigung, Heilmittel, Bäder, Massagen, Untersuchung und Behandlung mit Strahlen sind in Klasse 1 und 2 besonders zu bezahlen.

Erhöhung der Autodroschken- und Dienstmännertarife. Die Führer von Pferdedroschken und Kraftwagen sind bis auf weiteres berechtigt, den am Fahrpreisanzeiger ausgewiesenen Betrag, einschließlich der Zuschläge, 4000fach zu berechnen. — Die Dienstmänner können für Dienstleistung bei Tag und Nacht den 2000fachen Betrag der Tagesfriedensgebühr erheben. Die Bezahlung des Rückweges erfolgt nach 200fachen Sätzen der Tagesfriedensgebühr.

Über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen erläßt das Ministerium des Innern eine Bekanntmachung, die den Polizeibehörden nachdrücklichst zur Pflicht macht, die vorgeschriebene Fahrgeschwindigkeit, namentlich innerhalb geschlossener Ortsteile und auf unübersichtlichen Wegen, strenge zu überwachen. Gegen Zuwiderhandelnde ist unnachsichtlich Strafanzeige zu erstatten, gebotenenfalls auch mit Entziehung des Führerscheines vorzugehen. Die Bekanntmachung weist weiter darauf hin, daß sich in letzter Zeit wieder die Klagen über rücksichtsloses Schnellfahren mit Kraftfahrzeugen, insbesondere mit Krafträdern, mehren.

Und wie steht es mit unserer Forderung, den Kraftwagenverkehr an Sonn- und Feiertagen aus Rücksicht auf die Masse der im Freien Erholungsuchenden ganz zu verbieten?

Das Baden im Freien. Das Bezirksamt München gibt bekannt, daß das Freibaden weiblichen Personen nur im Badeanzug, den männlichen nur in Badehosen gestattet ist. Beim Baden sind die Gebote der Sittlichkeit und des Anstandes zu beobachten. Das An- und Auskleiden ist nur an gedeckten Stellen gestattet. Freibaden und Herumtreiben in Badekleidung nächst Wohnungen und Verkehrstraßen ist verboten, soweit nicht die Badestellen gegen Einsicht von Wohnungen bzw. Wegen gedeckt sind.

Beförderungen im Kommando der Schutzmannschaft. Vom 1. Juli an wird der Polizeihauptmann der k. L. P. Ludwig Mühe, zurzeit kommandiert zur Schutzmannschaft München, zum Polizeihauptmann 1. Klasse der Schutzmannschaft in etatsmäßiger Eigenschaft ernannt; der Polizeihauptmann Erich Stahl der Schutzmannschaft München zum Polizeihauptmann 1. Klasse in etatsmäßiger Weise befördert.

Zuckerverkaufsstelle und Kleinhandel. Wir sehen grundsätzlich von der Veröffentlichung der Strafen ab, mit denen ab und zu Kleinhändler wegen Vergehens gegen die Wuchergesetze belegt werden, weil wir wissen, daß die Schuld an der unerhörten Steigerung aller Preise für Lebensmittel in der Hauptsache bei dem Trustwesen und dem Zwischenhandel liegt, der Kleinhändler aber schwer im Kampf ums Dasein zu ringen hat. Wie sehr der Kleinhandel bedrückt wird, geht u. a. aus folgendem Schreiben hervor, wonach das Mehlamt der Stadt München, Verwaltungsabteilung für Zucker, dem Absatz 2 des Verpflichtungsscheines für Kleinhändler, den diese seinerzeit namensunterschriftlich anerkannt haben, folgende Fassung gibt: „Für den Fall, daß ich diese Verpflichtungen verletze, unterwerfe ich mich einer Vertragsstrafe in der Höhe des von mir geforderten Kleinhandelspreises für 3 bis 20 Pfund Zucker für jeden einzelnen Übertretungsfall. Das Mehlamt (Abtlg. für Zucker) ist berechtigt, die Vertragsstrafe unter Ausschluß des Rechtsweges gegen mich auszusprechen.“ Es handelt sich dabei darum, daß die Kleinhändler den unverkauft gebliebenen Zucker entweder zurückgeben oder zu dem inzwischen wieder erhöhten Preise bezahlen. Man ersieht aber auch daraus, daß die Kleinhändler vollständig rechtlos dem Großhandel ausgeliefert sind.

---

der Vater ist doch Inhaber der Firma!) Die Besetzung der Rollen war eine teils glückliche, teils unglückliche. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß die Rolle des Holländer-Michel nicht etwa von Hans Staufen-Raphael, wie irrtümlich im Spielzettel angegeben, sondern von Herrn Wilhelm Stauffen, und zwar recht gut, verkörpert wurde. Ein extra Lob verdient die Photographie des Hrn. Ewald Daub. — Karl Gutzkows Trauerspiel „Uriel Acosta“ ist leider auch im Film erschienen (Passage-Theater, Wilhelm Sensburg). Literatur zu ersetzen ist dem Film nun doch nicht möglich und das ist letzten Endes auch nicht seine Bestimmung. — „Mit der Diva ins Glashaus“ betitelt sich die einaktige originelle Filmgroteske von Dr. W. Klette, die gegenwärtig in mehreren Lichtspieltheatern zu sehen ist. Guter Witz, insbesondere Situationskomik, sind die Stärken dieses Werkchens. Spielleitung und Darstellung wetteiferten, der Groteske den Erfolg zu sichern. Besonders muß Gretel Lyser genannt werden, die mit viel Anmut das Zöschen verkörpert. Sie ist offenbar ein Filmtalent und dürfte alsbald in größeren Aufgaben interessieren. — „Ein neuer Union-Film“ zur Presse-Aufführung in den Regina-Lichtspielen. Eingangs wurden zwei Zeichen-Trickfilme vorgeführt: „Schneider Fips“ und „Hobelspäne aus der Werkstatt der Natur“. Der erstere machte viel Spaß, denn es fehlte nicht an Komik. Den letzteren könnte man nach Umständen auch als Lehrfilm bezeichnen. In humorvoller und leichtverständlicher Art sah man hier u. a. den Kreislauf des Blutes. Beide Arbeiten zeigen von dem Können des Herrn Karl Machus. Sodann folgte das Drama in 6 Teilen „1812“, frei bearbeitet von R. Heymann nach der Balzac'schen Novelle „Leb wohl“. Die Bearbeitung des Herrn Heymann war wirklich sehr frei, wie man es an seinen Arbeiten gewöhnt ist. Zu einer besseren Wirkung des Films hat er bestimmt nicht beigetragen. Was den Film wertvoll macht, sind in erster Linie die darstellerischen Leistungen der Dary Holm in der Rolle der Stephanie von Durande, später Gräfin Vandières. Außerdem möchte ich noch Frl. Lina Weittinger erwähnen, trotzdem sie im Personenverzeichnis nicht aufgeführt ist. Ferner die Herren Julius Berger, Pinegger, Neubert und Schrumpf, die in kleineren und größeren Rollen recht angenehm auffielen. Den Herren Joseph Berger, Rudolf Basil und Münz möchte ich zu bedenken geben, daß nicht allein die gute Maske und das Aussehen „den Filmdarsteller“ prägt. Die Bauten der Herren Machus und Dirnhöfer sowie die Photographie des Herrn Biller standen auf der Höhe.

R. E. Gug.

Ein **Orgelkonzert in der Heilig-Geistkirche** gibt am Mittwoch, abends 7 Uhr, der bekannte Meister des Orgelspiels, Benefiziat und Organist Anton Schmid, unter Aufführung von J. S. Bachschen Choralvorspielen und einer Fuge, weiter einer Fantasie und Fuge eines Liszt'schen Chorals. Letzteres gibt Gelegenheit, das nach den eigenen Plänen des Meisters erbaute, in Deutschland und weit darüber hinaus einzigartige Orgelwerk in allen seinen Registern zur Vorführung zu bringen, was ein musikalisches Ereignis zu werden verspricht. Der Zutritt ist frei, freiwillige Spenden werden der Kriegergedächtniskapelle zugeführt.

Hochschulnachrichten. Vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus wurde dem Privatdozenten in der medizinischen Fakultät der Universität Würzburg Dr. Eugen Kirch für die Dauer seines Wirkens im bayerischen Hochschuldienste der Titel eines außerordentlichen Professors verliehen.

Lehrgänge des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg über deutsche Altertümer. Das Direktorium des Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg hat sich entschlossen, wie in früheren Jahren, so auch vom 30. Juli bis 4. August d. J. Lehrgänge abzuhalten, in deren Mittelpunkt die deutschen Altertümer stehen sollen. Die Teilnehmer an den Kursen würden sich bis zum 16. Juli beim Direktorium des Museums anzumelden haben. Mehr als 200 Personen können zur Teilnahme in den Lehrgängen nicht zugelassen werden.

Bücherschau

Hakenkreuz und Davidstern. Unter diesem Titel erschien im Verlage Gebr. Memminger in Würzburg eine Schrift, verfaßt von A. Memminger. Die aufgedruckten Zeichen (u. a. das Hakenkreuz) könnten den Eindruck erwecken, als handle es sich um ein völkisches Erzeugnis. Wes Geistes Kind diese Schrift ist, möge man daran erkennen, daß der Verfasser (kein Jude) das Hakenkreuz als „Sinnbild der heiligen semitischen Zahl 12“ und das Christentum als „semitischer Abstammung“ bezeichnet. Daß der Verfasser noch alle möglichen und unmöglichen Juden als Leuchten der Wissenschaft, Träger der Kultur und Sachverständige auf allen Gebieten anführt, und sie in den Himmel hebt, sei nur nebenbei erwähnt. Wer sich über völkische Fragen und besonders über Herkunft und Bedeutung des Hakenkreuzes unterrichten will, lese nur die Bücher, die im „Völkischen Beobachter“ und in anderen einwandfreien, als völkisch anerkannten Zeitungen und Zeitschriften empfohlen werden.

Die Petersturm-Choralmusik, für die der Stadtrat die Mittel verweigerte, ist uns dank einer Stiftung aus der Münchener Bürgerschaft bis auf weiteres erhalten geblieben. Aber leider vergaßen die Stifter auch die Bedingung daran zu knüpfen, daß die Musik in der bisherigen würdevollen Weise, d. h. Samstag am späten Abend nach dem Abendläuten oder in der stillen Sonntagsfrühe stattfinde. Statt dessen wurde just die vom Straßenlärm auf dem Marienplatz und den umliegenden Straßen ganz erfüllte Abendstunde 6 Uhr 45 gewählt, so daß oft von den schönen Chorälen so viel wie nichts zu vernehmen ist. Läßt sich, so wünscht man in unserem Leserkreise, in dieser Beziehung keine Abhilfe mehr schaffen, so zwar, daß die Musik wenigstens erst um ½8 oder ¾8 Uhr spielt, wo der Hauptverkehr dann doch schon abgeflaut hat?

Vermißt. Seit rund 10 Tagen wird der in Schongau beschäftigte 15 Jahre alte Lehrling Jos. Hildebrand vermißt, dessen Angehörige in München, Bereiteranger 7/3, wohnen. Der Junge war bei seinem Weggang mit schwarzer Joppe, schwarzgrau karierter Breecheshose, schwarzen Halbschuhen und grauem Sporthut bekleidet. Gesundes Aussehen, Größe zirka 1,70 Meter, blonde Haare, graue Augen. Sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib des Vermißten an die Polizeidirektion München, Abteilung Vermißtenamt, erbeten.

Leichenfunde. Am 18. Juni wurde in Germersheim am Ausfluß des Rußheimer Altrheines eine unbekannte männliche Leiche aus dem Wasser gezogen, die etwa drei Wochen im Wasser gelegen sein dürfte. Beschreibung: 35 bis 40 Jahre, 1,65 bis 1,68 Meter, untersetzt, dunkelblonde Haare, kleine Glatze, dunkelblonder Bartanflug, vollständige Zähne, hellgelbe Stoffmütze, dunkelblauer Tuchanzug, helle Weste und Trikothemd, Schuhe und Strümpfe fehlten. Es wird vermutet, daß es sich um einen entwichenen Strafgefangenen handelt. — Am 24. Juni wurde im Innfluß bei Ebing, Gem. Pürten, eine unbekannte weibliche Leiche aufgefunden, die vier bis sechs Wochen im Wasser gelegen sein dürfte. Beschreibung: 20 bis 25 Jahre, 1,56 Meter, dunkle Haare, gute Zähne, trug nur noch weißes Beinkleid mit Spitzen, Korsett mit weißen Spitzen, weißes Unterleibchen, weißes Spitzenhemd mit verschlungenem Monogramm „A. M.“, graue, mit Leder besetzte Segeltuchschuhe und graue Strümpfe. Sachdienliche Mitteilungen über die Persönlichkeit des erstgenannten Toten unter UTm 49/23, über die Persönlichkeit der Toten unter UTw 50/23 an die Polizeidirektion München, Nachrichtenstelle für vermißte und unbekannte Tote, erbeten. — Am Freitag, den 29. Juni, nachmittags 6 Uhr wurde zwischen den Stationen Kitzingen und Mainbernheim auf dem Bahnkörper eine anscheinend dem Arbeiterstand angehörende Frauensperson mit abgefahrenem Kopf aufgefunden. Nach Aussage eines mit dem Frankfurt-Nürnberger Schnellzug in Kitzingen eingetroffenen Reisenden soll Selbstmord vorliegen.

Kleine Chronik. In einem Münchener Hotel erhängte sich am Montag ein 64 Jahre alter Spitalinsasse, ein Taglöhner. — Aus einem Lager in der Mühldorfer Straße wurden 2 Fässer Spindelöl und 4 Holzfässer Maschinenfette, Wert 12 Millionen M., gestohlen. — Aus einem Gasthof in Freising wurde eine Mignon-Schreibmaschine u. a., Wert 2 Millionen M., gestohlen. — Im Hotel „Wendelsteinhaus“ auf dem Wendelstein stahlen Diebe den Hotelgästen von den Türen weg 9 Paar Herren- und Damenschuhe, Wert 5 Millionen M. — Ein von seiner Frau getrennt lebender Kunstmaler lernte eine Kassierin kennen und versprach ihr die Ehe. Beide fuhren zu den Eltern der Braut, wo er als Bräutigam sich vorstellte. Es gelang ihm, die Eltern und Braut zu bewegen, daß sie sofort die Aussteuer, wie Betten, Wäsche u. a. im Werte von 9 Millionen M. mitbekamen, und 350 000 M. zum Ankauf von Möbeln. Das war im Januar. In München kaufte der Bräutigam wohl die Sachen ein, versetzte aber nebenbei die Aussteuer der Braut um 20 000 Mark. Als nun der Schwindel jetzt aufkam, wurde der Künstler verhaftet. — Die 27 Jahre alte Kontoristin Katharina Franzl, die bei einer Explosion eines Spirituskochers in der Leopoldstraße schwere Verletzungen erlitt, ist gestorben.

Deutschlands Lage und Zukunft. Die Ruhrbesetzung, die täglichen Gewaltakte im besetzten Gebiet, unsere täglich steigende Not, alles weist uns zwingend hin auf die Wurzel unseres Elends und unserer Schmach, den Versailler Vertrag. Anläßlich des 4. Jahrestages dieses Friedensschlusses wird Dr. von Kahr zu der aus diesem zwangsläufig entstandenen Lage Deutschlands in der gegenwärtigen höchsten nationalen Not und über die einzige Möglichkeit, sie zu beseitigen, sprechen in einer Kundgebung des Hochschulringes deutscher Art München am Donnerstag, 5. Juli, abends 8 Uhr, im Mathäserfestsaal. Zur Teilnahme an dieser studentischen Veranstaltung, die den Willen der deutschen akademischen Jugend zeigen soll, nicht zu ruhen, bis das deutsche Vaterland wieder frei ist von allen seinen Feinden, wird die gesamte Bevölkerung Münchens aufgefordert, die mit ihr eines Sinnes ist. Vertreter der Hochschulen und des alten Heeres haben ihr Erscheinen zugesagt, die Korporationen werden chargieren. Hofrat Sturm hat sich freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Die Kapelle der Fahrabteilung (Musikmeister Krümmel) wirkt mit.

Wir klagen an! Die Jugendgruppe Isargau der Deutschen Volkspartei wiederholt die Lichtbilder und Filmvorführungen der Arbeitsgemeinschaft der Landesstelle für gemeinnützige Kunstpflege und der bayerischen Lichtbildstelle über den französischen Rheineinbruch am Mittwoch, den 4. Juli, im Saale des Lichtspieltheaters in Fürstenfeldbruck. Die Lichtbildervorträge: „Wir klagen an!“, die in München fünfmal vor überfüllten Sälen gehalten wurden, zeigen an Hand von reichhaltigem Lichtbildermaterial, was deutscher Geist und deutsche Arbeit in jahrhundertelanger Arbeit aus dem Ruhrgebiet gemacht hat, und wie jetzt feindlicher Vernichtungswille in diesem Land friedlicher Arbeit sein Zerstörungswerk vollbringt. Die Vorführungen finden um 4, ½6 und 7 Uhr statt. Es sprechen stud. jur. Kurt Trampler u. Hanns v. Kirschbaum. Eintritt für Jugendliche und Studierende 300 Mark, für Erwachsene 500 M. Wir rufen alle Deutschgesinnten zum Massenbesuch auf!

*

Bestattungen

am 4. Juli.

Südfriedhof: Karl Ehrmann, gerichtl. Sachverständiger, 38 J., 3 Uhr.

Ostfriedhof: Auguste Beil, pens. Lehrerin, 62 J., 9½ Uhr, Feuerbest. — Eduard Schwarz, Ingenieur, 59 J., 10 Uhr, Feuerbest. — Kath. Steinbauer, Kartonagenarb., 66 J., 3½ Uhr. — Johann Lun, Steuerbetriebsassistent, 65 J., 2¼ Uhr. — Therese Dosch, Ländmeistersgattin, 58 J., 4½ Uhr. — Elise Bauer, Kellnerswitwe, 52 J., 3 Uhr. — Maria Iblhör, Postinspektorsgattin, 52 J., 2½ Uhr. — Christ. Schruff, Nachtwächter, 60 J., 2½ Uhr.

Altnördl. Friedhof: Babette Jeßler, Apothekerswitwe, 75 J., 4½ Uhr.

Nordfriedhof (Schwabing): Heinrich Steinbrecher, Oberpostschaffner, 68 J., 2½ Uhr. — Ulrich Frieser, Kaufmann, 58 J., 3¼ Uhr.

Westfriedhof (Moosach): Maria Seblmeier, Kellermeisterswitwe, 60 J., 2 Uhr. — Ludwig Bichl, Glasschleifer, 54 J., 2½ Uhr. — Maria Sibinger, Spenglermeisterstochter, 11½ J., 4 Uhr. — Christian Malz, Oberlokomotivführer, 65 J., 2½ Uhr.

Waldfriedhof (Holzapfelkreuth): Therese Lorenz, Uhrmacherswitwe, 76 J., 3 Uhr. — Hermann Wöllner, Sattler, 65 J., 3½ Uhr.

Sendlinger Friedhof: Maria Berger, Brauereiarbeitersgattin, 49 J., 3¾ Uhr. — Alois Huber, Schlosserskind, 1 J., 3 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal

Freispruch wegen unserer Schuldscheine

Bekanntlich wurden fünf unserer Parteigenossen, Berchtold, Drexler, Emmer, Körner und Schießler, wegen der Ausgabe unserer Beobachter-Schuldscheine auf eine Denunziation des „Vorwärts“ hin angeklagt. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen eines Vergehens gegen den § 55 des Bankgesetzes, der den, der unverzinsliche Schuldverschreibungen ausgibt, mit einer Geldstrafe bedroht, die dem zehnfachen Betrag der Summe der von ihm ausgegebenen Wertzeichen gleichkommt.

Es kam zu einer Verurteilung durch das Schöffengericht in München, wonach jeder unserer fünf Parteigenossen vier Millionen Mark zahlen sollte. Dagegen legten wir durch den Rechtsanwalt Roder Berufung ein.

Dieser verneinte vor allem, daß Schuldverschreibungen auf den Inhaber vorliegen. In dem Schuldschein wird nämlich ausdrücklich gesagt, daß nur der Inhaber des Schuldscheines Zahlung bekommt, der nicht Jude ist; folglich erhält nicht jeder Inhaber schlechthin die 10 Mark, sondern nur ein ganz bestimmter Inhaber. Es liegt also nicht ein Inhaberpapier vor, bei dem jeder Inhaber ohne Rücksicht auf seine Abstammung Zahlung erhält.

Dieser Auffassung unseres Rechtsanwaltes pflichtete die Strafkammer bei, und unsere Parteigenossen wurden sämtlich freigesprochen. Das große Geschrei der Judenpresse, die uns anläßlich dieser Sache alle möglichen Gemeinheiten an den Kopf warf, uns Fälscher nannte und dergleichen, ist also damit gründlich abgetan worden.

*

Eierschieberprozeß Halle
Parlamentarische Korruption

Nürnberg, 2. Juli.

Der Prozeß gegen den Eiergroßhändler Halle in Nürnberg hat den gewünschten Ausgang genommen: Die Angeklagten Halle und Scheifele, der Vetter des Herrn Abgeordneten vom Bayer. Bauernbund, sind freigesprochen worden. Die Einflüsse, die sich geltend gemacht haben, um den Prozeß dem ursprünglichen Gerichte in Deggendorf zu entziehen, haben erfolgreich gewirkt. Der Staatsanwalt Gerstlauer, der energisch gegen die aufgedeckte Schiebung vorgehen wollte, wurde seinerzeit von dem hohen Minister Wutzlhofer als „Antisemit“ öffentlich angegriffen, der Prozeß deshalb an das jedenfalls über den Verdacht des Antisemitismus erhabene Landgericht Nürnberg verwiesen — damit der Staat die höheren Kosten zu zahlen hat! — und in der Judenstadt Nürnberg wurde der Jude Halle mit seinem Helfer, dem Vetter des Abgeordneten, prompt freigesprochen.

Wer sich die Vorgänge im Gerichtssaal betrachtet hat, wird eher vom Justizskandal als vom Eierskandal reden. Statt die ganze Schiebung als Ganzes zu behandeln, wurde nur eine Anklage auf Preistreiberei im Einkauf erhoben. Damit war schon der Weg zur Freisprechung geebnet, und die letzten Hindernisse wurden dadurch weggeräumt, daß das Gericht auf den springenden Punkt der tatsächlich vorliegenden Preistreiberei gar nicht einging und die Zeugen darüber gar nicht befragte: Durch oberstrichterliche Entscheidung ist festgelegt, daß als Preistreiberei gilt, wenn ein Eiergroßhändler für „Fuhrlohn“ an die Karrer und als „Provision pro Kiste“ besondere Gebühren zahlt. Das hat Halle aber getan; er zahlte meist 20 M. Fuhrlohn extra und extra 15 M. pro Kiste. Damit trieb er die Preise hoch und legte die Konkurrenz lahm.

In raffinierter Judenschlauheit aber wirkte er in dem Schutzverband der Eierhändler darauf hin, daß die Erzeugerpreise festgelegt und sehr niedrig gehalten werden sollten!! Während das Ei in Deutschland 400 bis 600 M. kostete, wollte dieser Schutzverband nur 100 M. an den Erzeuger bezahlen. Halle aber zahlte, nach Aussage mehrerer Zeugen, höhere Aufkaufgebühren, und machte so den ganzen Eierhandel „verrückt“.

Innerhalb der **Münchener Eierversorgungsgenossenschaft** wurden, wie deren Vorstand **Wurm** aussagte, die **schwersten Vorwürfe** gegen Halle und seine Machenschaften erhoben; Wurm sagte aus:

„Wir Münchener können auf reelle Art keine Eier nach unserer Stadt bringen!“

Halle bot nach den in München kolportierten Beschwerden seinen Eieraufkäufern allerhand geschäftliche und private Vorteile. Tatsache ist, daß er heute in Straubing ein eigenes großes Lagerhaus sich errichten konnte und im Automobil seine Eier zusammenfahren läßt, Einrichtungen, die sich alteingesessene Großhändler in jahrzehntelangem reellen Handel nicht „verdienen“ konnten. Er liefert auch Eier direkt an die Spediteure zur Verfrachtung außerhalb Bayerns.

In Mainz steht er mit einer französischen Firma in Verbindung.

Darüber kam es bei der Kontrolle seines Betriebes mit dem Kriminal-Oberwachtmeister Hofmann zu Auseinandersetzungen, bei denen Halle dem Hofmann vorwarf, er sei „Antisemit“. Halle behauptete, Hofmann hätte sich selbst als Antisemit bezeichnet, und mußte sich damit abfertigen lassen, daß Hofmann als Zeuge diese Behauptung als bewußte Lüge bezeichnete. Darauf schwieg der Jude und setzte sich. Ebenso erging es Herrn Scheifele, zu dem Halle gesagt haben soll: „Schämen Sie sich, mit einem Juden zusammenzuarbeiten“. Er mußte sich ebenfalls als Lügner wieder auf seine Bank setzen. Wie weit die Frechheit der Angeklagten ging im Vertrauen auf ihre guten Verbindungen, erhellt daraus, daß sie den Beamten Hofmann wegen „Beleidigung“ und „Freiheitsberaubung“ verklagt hatten. Hofmann hatte den Scheifele nach Auffindung der Briefe seines Vetters eingesperrt so lange, bis auch bei Halle in Nürnberg die Kontrolle vorgenommen werden konnte, die auch Briefe zutage förderte! In beiden Prozessen wurde Hofmann natürlich freigesprochen. Bemerkenswert ist die Antwort, die Hofmann auf den Vorwurf, er sei „Antisemit“, vor Gericht gab:

„Ich habe nicht zu Halle gesagt, daß ich Antisemit bin; aber ich erkläre hier, daß ich es hätte werden müssen angesichts der Briefe aus dem Landtag, die ich vorfand!“

Diese von uns gestern bereits veröffentlichten Briefe betreffen zunächst Aufkauferlaubnisse, die vom Bezirksamt nicht erteilt werden wollten, dann eine besondere Erlaubnis zur Ausfuhr von Eiern im eier-überreichen Frühjahr 1921, während welcher Zeit nur die Straubinger das Recht hatten, den Überschuß an Eiern auszuführen, dann aber eine Durchstecherei betreffs Aufhebung des allgemeinen Eierausfuhrverbotes.

Diese Briefe sind bezeichnend als Dokumente der parlamentarischen Korruption!

Der letzte Brief ist deswegen bemerkenswert, weil der Minister sich persönlich bemühte, an den „verbindungsreichen“ Herrn Halle zu schreiben in einer Sache, die dienstlich der Lebensmittelstelle oblag!

Angesichts dieser „Verbindungen“ glauben wir es dem Juden Halle gern, daß er die Möglichkeit, billig Eier zu bekommen, eben diesen „Verbindungen“ und nicht seiner Preistreiberei zu danken angab!

Daß auch jener Straubinger Händlerverband eine sonderbare Vorstellung von seinen volkswirtschaftlichen Pflichten hatte, geht aus der Tatsache hervor, daß im Frühjahr 1921 11 Millionen Eier in Straubing lagerten (als Überschuß zur Ausfuhr), während München ohne Eier war!

Angesichts der Verwirrung und Konkurrenz und Durchstecherei im Eierhandel, wie sie aus den Aussagen sich bloßstellte, ist es nicht verwunderlich, daß, mit Ausnahme des Münchener (als Sachverständiger abgelehnten!) Zeugen Wurm, des Lagerhausverwalters **Mayer von Eggenfelden**, des Zeugen **Hermann Maier**, der Kriminalbeamten **Hofmann** und **Kröger**, sich fast alle „Zeugen“ und die **Sachverständigen** zugunsten der Angeklagten äußerten. Kröger insbesondere stellte fest, daß die Firma Halle den größten Teil ihrer Eier außerhalb Bayerns absetzt; hierbei teilte der Vorsitzende mit, daß ein Verfahren wegen **Preistreiberei im Verkauf erst noch erfolgen werde. Heilige Justitia!**

Der Justizrat und Rechtsanwalt **Segel** von Straubing, bekannt als erfolgreicher Verteidiger aller Eierschieber in Niederbayern, Syndikus des Schutzverbandes, betonte, der Verband und Halle wollten die Einkaufspreise mäßig halten. (**Hofmann hatte das als abgekartetes Spiel aufgedeckt: billiger Einkauf — teuerer Verkauf! Das war auch die Ansicht Münchens, wo der** Verband geradezu als Halle-Verband bezeichnet wurde.) Seine Quintessenz war, daß der „Schutzverband“ demnächst beschließen wird: Der allgemeine Marktpreis wird richtunggebend sein, d. h. der Marktkurs, der Dollarkurs, der „freie“ Handel. Dr. **Bretzfeld** vom L.-W.-A. habe bestimmt, daß nicht mehr Richtpreise im voraus für jede Woche den Erzeugerpreis festlegen sollen, sondern daß nur nachträglich Wochenberichte die angelegten Preise bekanntmachen sollen! — **Als Segel sich verabschiedet, drückt ihm Rechtsanwalt Kahn freudig-dankbar die Hand!**

Nachträglich kommt noch einmal Zeuge **Hofmann** zu Wort, den die „Verteidigung“ zu gern „hereinlegen“ möchte. Aber, o weh! **Hofmann überführt den Halle des Kettenhandels, Rechtsanwalt Kahn widerspricht, die hohen Herren Richter müssen die Bestimmungen des Gesetzes nachblättern, und Hofmann hat recht! Kahn und die Richter sind blamiert!** Auch die Feststellung der oberstrichterlichen Entscheidung, daß besondere „Fuhrlöhne“ und „Provisionen“ Preistreiberei sind, stammt vom Zeugen Krim.-Oberwachtmeister Hofmann. Dieser entsetzliche „Antisemit“!!

Die „Sachverständigen“ Nürnbergs nehmen den Halle meist in Schutz; **Leitner**, Mitglied der Handelskammer, versteigt sich zu der Behauptung, Halle's Einrichtungen seien vorbildlich und nachahmenswert. Der Verwaltungsoberinspektor **Schmidbauer** (vom Magistrat Luppe-Süßheim!) sagt, die Organisation Halle sei für Nürnberg außerordentlich wertvoll! (Nebenbei behauptet er, der Bauer dürfe als verkaufender Erzeuger am Nürnberger Markt auch den höheren Händlerpreis nehmen, und beweist hiermit mangelnde Kenntnis der Verordnungen!) Halle, sagt er, habe eine Großhandelserlaubnis für Deutschland, also sei er auch verpflichtet, ganz Deutschland zu versorgen! (Nürnberg wird noch ein Halle-Denkmal mit faulen Eiern errichten müssen!) **Höver-Hannover** beriet Halle zu seiner Organisation (Sachverständiger!); er beglückwünscht Nürnberg zu dieser Einrichtung! (Aber die Eier gehen nach „Deutschland“ und Französisch-Mainz!) Ein Sachverständiger **Kleinburg**, Vorsitzender der deutschen **Eier-Importeure** (in Bayern werden die Eier **ausgeführt!**), ein Verband, in dessen Vorstand Halle drinsitzt, sagt: **Der Verbraucher macht den Preis, das Wucheramt schlägt die Preise tot! Die bayerischen Eisenbahner mit ihren Freifahrtkarten versorgen Berlin mit Eiern. Er spricht vom selbstsüchtigen Verbraucherstand.** Wir, Bayern, hätten billige Eier im Überfluß, müßten also Eier abgeben. Gelten müsse der **Weltmarktpreis!**

Nur **Meusel** vom Konsumverein Nürnberg klagt, Halle habe die Eier des Gewinnes wegen verschoben. Und **Scheuerle-Nürnberg** (von der ehemaligen Kriegs-Eierversorgungsstelle) geißelt den Halle, weil dieser in allen kleinen Zeitungen Niederbayerns die Arbeitsgemeinschaft und die Genossenschaften als Anfang neuer Zwangswirtschaft denunziert habe, während er sich durch „freien Handel“ selbst ein **Eier-Monopol** schaffe! Er weist auf das Straubinger Lagerhaus Halles hin und betont, daß von dort der Versand gleich ins **Ausland ohne Umpackung** vorgenommen wird, obwohl Halle die Umpackung als Großhändler berechnet!

Das freundliche Gericht in Nürnberg, dem kein „antisemitischer“ Staatsanwalt eine grimmige Schärfe gegen den hochverdienten Juden Halle, den Schützling der Scheifele und Wutzlhofer, gab — wie lächelte hier der Anklagevertreter dem Angeklagten öfters zu! — hat den Wohltäter Nürnbergs, ohne den Nürnberg ganz ohne Eier wäre, dankbarst freigesprochen. Es konnte ja auch nicht anders sein. Herr Halle bewegte sich, die Hand in der Hosentasche, frei im Gerichtssaal, ganz wie sein Anwalt, bald hier, bald da stehend, Judengenossen kamen herein und sagten ihm was ins Ohr, gingen hinaus und kamen wieder, und sprachen mit seinem Anwalt, Zettel wurden aus dem Zuhörerraum vorgegeben, kurz, der Judendienst funktionierte! Draußen aber auf dem Gang, im Zeugenzimmer, im Abort sogar standen die Judenspione, um jedes „brauchbare Wort“ dem Anwalt Kahn zu melden.

*

In unserer Veröffentlichung „Belastende Briefe“ in Ausgabe 131 haben wir den Abg. Scheufele infolge eines Versehens als Mitglied der „Bayerischen Volksp.“ bezeichnet.

Tatsächlich gehört er dem „Bauernbund“ an. Die Folgerungen, die wir aus der dunklen Eierschiebungsgeschichte zogen, beziehen sich also auf die Zusammenhänge zwischen dem Bauernbund und dem jüdischen Großhandel, wobei die Rolle, die der Landwirtschaftsminister Wutzlhofer dabei spielte, natürlich noch der Klärung bedarf.

*

Eierskandal? Nein. Justizskandal. Und parlamentarische Verderbnis dazu!

Wie sehr unsere Volkserwählten dafür sorgen, daß sie im Dunkeln gut munkeln können, geht aus folgender „Entscheidung“ hervor:

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages prüfte infolge der Beschwerde von Reichstagsmitgliedern aus allen Parteien die Frage, ob in der Haussuchung bei Abgeordneten und in der Beschlagnahme von Schriftstücken eine Verletzung der Immunität der Abgeordneten zu erblicken sei. Der Ausschuß kam zu der Entscheidung, daß Haussuchungen bei Abgeordneten an sich zulässig seien, da die Wohnungen durch Immunität nicht geschützt seien, **daß aber von der Beschlagnahme von Schriftstücken, auch von solchen, die den Abgeordneten von Dritten übergeben worden sind, Abstand zu nehmen sei, wenn der Abgeordnete erkläre, daß er die Schriftstücke als vertraulich behandelt wissen wolle. Durch die Beschlagnahme solcher Schriftstücke würde die Immunität verletzt werden.**

Damit ist allen möglichen politischen und anderen Durchstechereien und vaterlandsverräterischen Umtrieben Tür und Tor geöffnet.

Bayern

Landtag

Aus dem Verfassungsausschuß. In der Montagnachmittagsitzung des Verfassungsausschusses wurde der Gesetzentwurf über das neue Wappen des Freistaates Bayern nach kurzer Erörterung einstimmig angenommen. Mit dieser einstimmigen Annahme dürfte auch der Hohn der Judenpresse darüber schweigen, daß das Wappen eine Volkskrone aufweist; diese sonst so gescheit tuenden Blätter könnten wissen, daß die römische Republik die Bürgerkrone kannte und verlieh.

Eine Eingabe der Beamten der besetzten rheinischen Gebiete, die sich gegen die Unterbindung der Strafvollstreckung an dem Hochverräter Smeets durch die Interalliierte Rheinlandkommission richtet, wurde für erledigt erklärt; die Regierung teilte mit, daß auf ihre Veranlassung die Reichsregierung gegen die Entscheidung der Rheinlandkommission Protest erhoben hat.

Ein gut abgelagerter Antrag Schäffer aus dem Jahre 1921, der eine Revision des Art. 48 der Weimarer Verfassung in der Richtung bezweckt, daß die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten eingeschränkt werden, soweit es sich um die Hoheitsrechte der Länder handelt, wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien gegen die demokratisch-marxistische Linke mit der Ergänzung angenommen, daß die Regierung zu gegebener Zeit einen dahingehenden Antrag im Reichsrat einbringen soll. Wo er dann prompt überstimmt wird! Eitel Spiegelfechterei! In gleichem Sinne wurden mehrere Eingaben erledigt, die eine föderalistische Ausgestaltung der Reichsverfassung anstreben; durch einen Antrag Pestalozza wird die Regierung ersucht, zu gegebener Zeit bei der Reichsregierung auf eine entsprechende Vorlage hinzuwirken.

Eine Neuregelung des Aufgabenkreises der Kreisgemeinde wurde in einer der Regierung als Material hinübergegebenen Eingabe des Kreistages von Schwaben und Neuburg angestrebt; die Regierung erklärte hierzu, das Finanzministerium werde der Forderung der Kreisverbände auf Lastenübernahme auf den Staat unter der Voraussetzung einer Kürzung der Steueransprüche der Kreise entsprechen. Eine Eingabe des Schutzverbandes der Landhausbesitzer um Abänderung des Art. 2 des Wahlgesetzes zu den Gemeinde- und Kreiswahlen wurde durch die Erklärung der Regierung als erledigt erklärt, eine solche an den Besitz gebundene Abänderung des Wahlgesetzes würde von dem Grundgedanken des Wahlrechtes abweichen. Zu einer Eingabe des Bayer. Verkehrsbeamtenvereines gegen die Zwangsversetzung von Verkehrsbeamten zur Reichsfinanzverwaltung teilte die Regierung mit, das benötigte Kontingent von 20 000 Mann sei durch freiwillige Meldung gedeckt worden, eine Zwangsversetzung also nicht notwendig gewesen.

*

Hauptlehrer Mang verhaftet

Der Bayer. Beamtenbund schreibt uns:

Wie wir soeben erfahren, wurde der 2. Vorsitzende des Kreisverbandes Pfalz des Bayerischen Beamtenbundes, Hauptlehrer Mang in Kaiserslautern, von den Franzosen verhaftet. Der Grund der Verhaftung ist uns noch unbekannt. Hauptlehrer Mang darf für seine langwierige, außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit im Interesse der pfälzischen Beamtenschaft des Dankes des Bayer. Beamtenbundes und der ganzen bayerischen Beamtenschaft versichert sein.

Marxistische Hetze mit Regierungsgenehmigung

Regensburg, 29. Juni.

Die Blätter melden aus Neumarkt (Oberpfalz): Mit Genehmigung des Staatskommissärs für Neumarkt, des dortigen Bezirksamtsvorstandes, hielt der Radfahrerverein „Solidarität“ vor dem dortigen Rathause seine Standartenweihe. Bei derselben hielten der Neumarkter sozialdemokratische Stadtrat Plank und ein Nürnberger

Kommunist geradezu empörende die Massen aufpeitschende Hetzreden, insbesondere gegen das Bürgertum gerichtet. Die ganze Veranstaltung wurde in versteckter Weise von dem Festkomitee ausgeschlachtet zu einer Kommunistenpropaganda; die berüchtigten Stoßtrupps wurden bei der Veranstaltung zur Sicherung verteilt; die kommunistische Jugendabteilung fehlte selbstverständlich nicht. Die Polizei mußte sich diesem Treiben gegenüber vollständig passiv verhalten.

Was sagt unser Staatsminister des Innern, Dr. Schweyer, dazu?

*

Bayerische Rundschau

Schweres Unglück auf der Zugspitze. Nach Mitteilung der Gendarmeriestation Garmisch sind am 1. Juli auf der Zugspitze beim Abstieg auf die Wiener-Neustädter-Hütte von einer Partie von neun Personen auf den schneeigen Steilwänden vier Personen abgestürzt. Sie blieben tot liegen. Ihre Namen lauteten: Peter Tremmel von München, ein Handlungsgehilfe Karl Karcher aus Karlsruhe, wohnhaft in München, ein Andreas Speck von Pasing und ein Hermann Schultz von Berlin.

Opfer der Berge. Am Sonntag, der wieder eine Massenwanderung in die bayerischen Berge gesehen hat, forderte die Touristik neuerdings mehrere Opfer. So ist oberhalb der Neuen Kesselbergstraße am Jochberg beim Blumenpflücken ein junger Mann aus Nürnberg abgestürzt und war sofort tot. Über das aus Garmisch gemeldete Touristenunglück war noch nichts Weiteres zu erfahren.

Tutzing. (Ruhrkonzert.) Hier fand am Sonntag zugunsten der Ruhrhilfe ein Konzert statt, das, angeregt und mitveranstaltet von Frau Barbara Eldredge-Mayr, Tochter des bekannten Münchner Universitätsprofessors Dr. B. Mayr, unter Mitwirkung anerkannter Opernkräfte sich zu einem ebenso genuß- wie erfolgreichen Abend entwickelte. Stimmungsvoll eingeleitet wurde derselbe durch das „Gebet", Quintett aus „Lohengrin" mit Solo von Botho von Korff und dem Tutzinger Kirchenchor unter seinem verdienstvollen Dirigenten Hans Kaiser. Hieran reihte sich die große Elisabeth-Arie aus „Tannhäuser" „Dich teuere Halle", gesungen von Barbara Eldredge-Mayr, der Gattin des gleichfalls im Konzert mitwirkenden Opernsängers Harold Eldredge, die zuletzt in Brooklyn, sowie dem großen „Metropolitan-Opernhouse" in Neuyork als „Aida", „Tosca", Carmen u. a. Rollen mit durchschlagendem Erfolge aufgetreten war. Die Künstlerin verfügt über einen Sopran von bestrickender Klangfarbe, dessen temperamentvoller und beseelter Vortrag, besonders noch nachher in dem mit dem bekannten Operntenor Georg Himmler gesungenen Duett aus „Aida" in reichstem Maße zutage trat. Der letztere, in Tutzing heimisch, gestaltete durch die einschmeichelnde Tonweiche seines umfangreichen Organs diese Darbietung zu dem Glanzpunkt der Aufführung, dem der fast ausverkaufte Saal begeisterten Beifall zollte. Seine Gattin, die Opernsängerin Mary Himmler, die sich schon zuvor mit Harold Eldredge in einem Duett aus dem „Fliegenden Holländer" ausgezeichnet hatte, fand in der Ozean-Arie aus „Oberon" Gelegenheit, die dramatische Steigerung ihrer tragfähigen und klangreichen Stimmittel aufs vorteilhafteste zu beweisen. — Den Schluß des Abends, zu dessen Gelingen auch die ebenso feinsinnige, wie technisch vollendete Flügelbegleitung Erika Neumanns beitrug, die das Münchner Publikum letztes Jahr als Komponistin einer in der Annakirche aufgeführten Messe kennengelernt hat, bildete der Schlußchor aus den Meistersingern. Das Ganze war eine Feierstunde für die ganze zahlreiche und beifallsfreudige Zuhörerschaft.

M. S. G.

Würzburg. (Für Schlageter.) Die Sympathiekundgebung, die der Ägyptische Klub an Regierungspräsident v. Henle gesandt hat, spricht nach dem „Generalanzeiger" das Gefühl echtester Empörung aus. Das Ägyptische Volk fühle in Bruderliebe für das um seine Freiheit ringende Deutschland. Der Tod Schlageters, der auch den Ägyptern als Held gelte, solle ein anfeuerndes Zeichen sein, im Kampfe gegen fremde Unterdrückung. Niemals werde der Geist des deutschen und ägyptischen Volkes brutaler Gewalt erliegen. Fremdes Joch könne nicht ewig bleiben. Dann werden die Herzen der Ägypter den Jubel des deutschen Volkes mitempfinden wie jetzt seinen Schmerz. „Freiheit den Deutschen, Freiheit den Ägyptern!"

*

Turn- und Sportnachrichten

Leichtathletik.

Vereinsmannkampf im Südbayerischen Landesverband f. L.

Am 1. Tag wurden die Läufe über 200 und 1000 Meter, Standhochsprung und Diskuswerfen zum Austrag gebracht.

Am meisten interessierten die 1000-Meter-Läufe aller Klassen. Hier ist gegen die Vorkriegszeit wohl die größte Verbesserung zu verzeichnen. Nicht weniger als 11 liefen unter 2 Min. 5,0! Natürlich war 1860 wieder überlegen; nur Nothhelfer (Turnerschaft) ist soviel Klasse, um ernsthaft in Konkurrenz treten zu können. Über 200 Meter war Schmid (1860) der beste Mann. Die Zusammenstellung der Läufe war selten so glücklich, daß ein interessantes Rennen zustande kam.

Im Standhoch blieb bei der A-Klasse schließlich Kulzer (M.T.V.) allein. Über die Gültigkeit seines Sprunges, der an die Fleitersche Hechtsprungtechnik erinnert, waren die Meinungen geteilt. Von einem Hechtsprung kann aber gar keine Rede sein, weil der Springer quer zum Gerät steht und nicht frontal, wie es ein Hechtsprung erfordern würde. Die internationalen Bestimmungen schreiben vor, daß „der Kopf des Springers nicht vor den Füßen über die Latte geht", und daß er „bei Verlassen der Latte nicht unter Körpermitte ist". — Das letztere ist nun bei Kulzer schon der Fall!

Der 2. Tag stand im Zeichen der Staffelläufe. Die 10×100 Meter gewann 1860 sehr sicher vor M.T.V. und Jahn. Turnerschaft hat hier eine Verbesserung zu buchen: im zweiten Lauf siegte sie vor 1860 und Turngemeinde, die durch Stabverlust um den sicheren zweiten Platz kam. — In der B-Klasse konnte hier Tam. Freising ihren Grünwald—München-Sieg wiederholen.

Die lange Strecke bot das gleiche Bild wie der 1000-Meter-Lauf des Vortages: Überlegenheit von 1860 in der A-Klasse, von S.C. Sendling und Bajuwaren in der B- bzw. C-Klasse. Steinhauser (Turngemeinde) lief überraschend gut gegen Kleekam und Jenuwein K. (1860), während Turnerschaft sich hier einen Versager leistete.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildete zweifellos die 4×400-Meter-Staffel. In der C-Klasse gewann Bar-Kochba knapp vor R.S.C. in guter Zeit, während das Rennen der B-Klassen-Vereine den S.C. Sendling sehr sicher vor Schwabing in Front sah. Und dann stieg die Spannung um ein vielfaches, als die 6 A-Vereine am Start standen. Das Rennen wird zuerst ein Kampf zwischen 1860 und Turnerschaft, die bis zum 3. Mann in Front bleibt und dann ca. 6 Meter zurückfällt. Während 1860 seinen Vorsprung ganz langsam auf das Doppelte vergrößert, rückt der M.T.V.-Schlußmann Berchtold immer mehr auf und überholt Dornbelter (Turnerschaft) 50 Meter vor Ziel sicher. Jahn lag immer allein und konnte nie in den Kampf eingreifen.

Schönes Wetter und gute Bahn im Verein mit einwandfreier Durchführung lassen das Ergebnis als durchaus geeignet für die Beurteilung der Vereine erscheinen.

Zahlenmäßig sind die Ergebnisse:

A-Klasse: 1. 1860 (200-Meter-Lauf, 254 Pkte.; 1000-Meter-Lauf 323; 3000-Meter-Lauf 316; 10×100-Meter-Staffel 348; 4×400-Meter-Staffel 356; Weitsprung 200; Standhoch 102; Diskuswerfen 148; Steinstoßen 229) mit 2285 Punkten; 2. M.T.V. (227, 254, 232, 326, 356, 160, 185, 178, 193) 2078 Punkte; 3. Jahn (252, 250, 288, 320, 304, 147, 115, 110, 127) 1878; 4. Turnerschaft (227, 264, 202, 200, 344, 131, 98, 102, 189) 1809; 5. Turngemeinde (204, 210, 208, 290, 284, 106, 79, 120, 131) 1631; 6. 1880 (212, 240, 108, 208, 300, 112, 51, 90, 79) 1571.

B-Klasse: 1. Pasing (148, 178, 149, 210, 216, 108, 70, 81, 118) 1278; 2. S.C. Sendling (155, 186, 120, 198, 243, 108, 84, 44, 67) 1200; 3. Tgde. Freising (158, 158, 158, 219, 240, 85, 80, 73, 106) 1287; 4. Milbertshofen (148, 148, 189, 210, 222, 94, 56, 71, 95) 1178; 5. Tbd. Freising (146 150, 162, 189, 218, 81, 81, 79, 92) 1172; 6. T.Sp.V. Sendling (142, 167, 148, 186, 216, 64, 43, 81, 108) 1140; 7. Schwabing (154, 119, 113, 218, 241, 106, 80, 81, 90) 1073; 8. Kolpingsturnerschaft (167, 150, 150, 180, 193, 31, 42, 34, 57) 968.

C-Klasse: 1. R.S.C. (105, 115, 118, 184, 158, 44, 48, 43, 38) 803; 2. Rugia (107, 102, 103, 126, 142, 65, 39, 54, 42) 800; 3. Bar-Kochba (118, 110, 116, 144, 160, 48, 47, 87, 22) 797; 4. Bajuwaren (108, 135, 140, 114, 132, 54, —, 25, 46) 737; 5. A.T.V. Germania (89, 105, 60, 118, 140, 44, 42, 29, 49) 667; 6. Armin (90, 72, 111, 108, 100, 36, 18, 51, 49) 635; 7. Turnerbund M. (—, —, 56, 118, 126, 52, —, —, 39) 393; 8. M.S.B. (73, 21, —, —, —, 4, 18, 85, 40) 214; 9. Bruck (95, 69, —, —, —, —, —, 29 —.

Die Einzelbestleistungen sind: 200-Meter-Lauf: 1. Schmid (1860) 23,9; 2. Berchtold (M.T.V.) 24,5; 3. Stöhr (Jahn) 24,8. — 1000-Meter-Lauf: 1. Jenuwein (1860) 2:41,6; 2. u. 3. Schrötter und König (1860) je 2:41,6. — 3000-Meter-Lauf: 1. König (1860) 9:26,1; 2. Hoy (1860) 9:27,1; 3. Kleekam 9:32. — 10×100-Meter-Staffel: 1. 1860 1:54,9; 2. M.T.V. 1:56,5; 3. Jahn 1:58,2. — 4×400-Meter-Staffel: 1. 1860 3:38,5; 2. M.T.V. 3:38,8; 3. Turnerschaft 3:41,5. — Weitsprung: 1. Schmid (1860) 6,57; 2. Lochner (1860) 6,20; 3. Stmplinger (Jahn) 6,10. — Standhochsprung: 1. Kulzer (M.T.V.) 1,40; 2. Adlhoch (1880) 1,30; 3. Baumeister (Jahn), Rieder u. Putz (Turnerschaft) je 1,25 Meter. — Diskuswerfen: 1. Grafwallner (M.T.V.) 39,51; 2. Hanmann (1860) 38,66; 3. Lochner (1860) 32,87. — Steinstoßen: 1. Geyer (1860) 9,32, 2. Kulzer (M.T.V.) 8,66; 3. v. Halt (M.T.V.) 8,59.

H. C.

*

Alpenvereinssektion Isartal. Führungsbergfahrt 7. und 8. Juli Wörnergrat. Abfahrt Samstag 2,35 n. Führer Hermann Schneider. Teilnehmerzahl beschränkt.

Die Zeitschrift 1923 kann von den Bestellern am Sektionsabend in Empfang genommen werden.

*

Deutsche Erfolge in Göteborg

tu. **Göteborg**, 3. Juli. Im Hundertmeterlauf siegte gestern der Deutsche Houben, Krefeld; der zweite deutsche Teilnehmer Friedrich belegte den 3. Platz. Im 10 000-m-Lauf wurde der Deutsche Bedarff 4. In der ersten Gruppe des 400-m-Stafettenlaufes siegte Deutschland vor Australien und Österreich.

Nationalsozialist. Alpenvereinssektion München — Nationalsozialist. Alpenvereinssektion München

Alle Bergsteiger und Schiläufer der Partei und der S.A.,

welche sich zu einer deutschvölkischen Alpenvereinssektion zusammenschließen wollen, werden zur Gründung um Angabe ihrer Anschriften an die Schriftleitung des „Völkischen Beobachters", Schellingstraße 39/I, gebeten.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Sektionsversammlungen:

Mittwoch, den 4. Juli 1923:

Sekt. Westend: Sprechabend im Nebenzimmer des Spatenkellers, Theresienhöhe.

Sekt. Schwabing-Pinakothek: Abends 8 Uhr Sprechabend im Gasthaus „Zum grünen Eck", Ecke Adalbert- und Amalienstraße.

*

Partei-Männerchor

In der ersten Zusammenkunft am 28. Juni wurde als erster Übungsabend, Mittwoch, 3. Juli, pünktlich 8 Uhr abends, im Parteilokal, Corneliusstr. 12, Erdg., festgesetzt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird zur Pflicht gemacht. Behinderungen sind rechtzeitig im Parteilokal zu melden. Parteigenossen, die anderen Gesangvereinen angehören, werden gebeten, ihre Kräfte nach bestem Können zur Verfügung zu stellen. Einzeichnungsliste für Chormitglieder liegt im Parteilokal aus.

Sondergruppe des Männerchors:

Stimmbegabte Pg. ohne Notenkenntnisse können diese in einer zu bildenden Sondergruppe erwerben. Treffpunkt auch Mittwoch, 3. Juli, 8 Uhr abends, Corneliusstr. 12.

*

Jugendbewegung

Samstag, 7. Juli: Spiel- und Sportstunde des 1. und 2. Zuges auf dem gewöhnlichen Platze. Treffpunkt: 6 Uhr abends beim Wehramt. Spiel- und Sportgeräte mitbringen.

*

Hitler in Berchtesgaden

Am 1. Juli herrschte in Berchtesgaden ein reges Leben. Rote Plakate hatten Adolf Hitler angekündigt, und sein Name ging von Mund zu Mund. Am frühen Vormittag kamen Vertretungen der S.A. angefahren: Salzburg, Hallein, Traunstein hatten es sich nicht nehmen lassen, ihren Führer zu begrüßen. Mit wehender Fahne zogen sie durch das herrliche Bergstädtchen und weit hinauf in die Berge scholl das Lied: „Hakenkreuz am Stahlhelm, schwarzweißrotes Band..."

Die beiden Säle — „Zur Krone" und der „Watzmann-Saal" — waren schon lange vor Beginn überfüllt. Z. T. von Freunden, z. T. wohl von Deutschen aller Länder, die in Berchtesgaden Erholung suchten und den vergötterten und verlästerten Mann hören wollten.

Nachdem durch Pg. Schmidt die Versammlung eröffnet worden war, begann Hitler.

Er schilderte die wahnwitzige Einstellung der deutschen Politik, den machtpolitischen Ruhreinbruch mit wirtschaftlichen Mitteln bekämpfen zu wollen; er schilderte die planmäßige Politik der internationalen Börse, die deutschen Nationaleigentümer nach und nach in die Hände ihrer Agenten zu spielen. Um dem internationalen Leihkapital immer neue Absatzgebiete zu schaffen, müssen Kriege und Revolutionen inszeniert, finanziert werden. Die im Solde der Börse stehende Weltpresse treibt die Geister zu Siedehitze, und hilft die Katastrophe in gewünschtem Sinne herbeiführen. Kein kämpfendes Volk hat heute den Krieg gewonnen, sondern nur das internationale Leihkapital, dem alle Völker heute mehr verschuldet sind, als jemals zuvor. Die Streiks, welche früher — deutschen Staatsbürgern gegenüber — noch vielleicht Aussichten für den Arbeiter darstellten, verlieren immer mehr an Wirksamkeit, weil eine Sperrung des Betriebes seitens eines Unternehmens, das seine Filialen in allen Staaten hat, ihm nicht ernsthaft schadet.

So zeigt sich schon an diesem einfachen Beispiel, daß die Nutznießer von Krieg und Revolution die Börsenbanditen sind. Während das deutsche Volksvermögen von Tag zu Tag mehr dahinschmilzt — „Reparation" nennt man das — schießen die Banken wie Pilze nach dem Regen hervor.

Im „Kampf gegen den Kapitalismus" hat der Marxismus die deutsche Wirtschaft bekämpft, zum großen Teil schon vernichtet und der Börse ausgeliefert. Anstatt zu sozialisieren, ist er jetzt bereit, schon sozialisierte Betriebe, wie die Reichseisenbahn, an Privatspekulanten auszuliefern. Zudem noch an Ausländer!

Alle Kultur und Lebenserscheinungen quellen aus dem Wesen eines Volkstums. Wie Kunst und Entdeckungen in ihrer Art ein Volkstum bekunden, so auch die Staatsgesinnung. Wie ein technischer Erbauer Produkte schafft, so der jüdische Geldleiher zerstörend. Auch das, was wir „internationales Leihkapital" nennen, ist letzten Endes ein nationales Erzeugnis: das Produkt der jüdischen Rasse. Unfähig zu eigener Kunst, unfähig für produktive Wirtschaft, ist sein Wesen im Leihgedanken und auf rassischer Zucht beruhender Wuchergemeinschaft erschöpft. Deshalb stehen heute — im Zeichen des mammonistischen Zeitalters — überall Hebräer an der Spitze der Hochfinanz. Sie sind die Nutznießer des Völkerelends, sie sind in erster Linie auch die planmäßigen Vorbereiter der Völkerversklavung...

Hitler geht dann auf die Unfähigkeit und Feigheit unserer Parteien ein, dem Schicksal, das uns alle bedroht — dem zerstörenden Bolschewismus — Einhalt zu gebieten. Und dann:

Aus diesem Erkennen heraus will unsere Bewegung den Kampf aufnehmen. Sie erkennt, daß Völkerschicksale nur durch den unbeirrbaren Willen von bewußten Minoritäten entschieden werden. Es ist gleich, ob wir es sind, die den endgültigen Sieg erringen werden. Uns ruft aber die Liebe zum Vaterlande, die Erkenntnis, daß das, was wir tun notwendig ist. Dieser Glaube und dieser Wille wird es sein der Deutschland einst wieder frei machen wird...

Waren die fremden Zuhörer anfangs mehr abwartend, so wurden sie im Laufe der Ausführungen immer mehr ergriffen, und als Hitler endete, umtoste ihn der Beifall, wie immer, wo noch Deutsche beisammen sind.

Darauf ging er in den „Watzmann-Saal". Hier hatte unterdessen Pg. Koller, Salzburg, scharfe Kritik an der Novemberrepublik geübt und so manchem den Star gestochen.

Noch erregt von dem ersten Vortrag, setzte Hitler hier noch leidenschaftlicher ein und eroberte sich die Herzen der eng aneinander gedrückten Zuhörer im Fluge. Wieder sprach er von der heutigen Schmach und rief alle auf zum Ehrbewußtsein, zum unbeugsamen Willen, wieder frei zu werden.

Auch hier wurde ihm eine Huldigung zuteil.

Eine dichte Menschenmenge füllte den großen Platz, als zum Abschluß die Sturmabteilungen von Berchtesgaden, Traunstein, Hallein und Salzburg in strammer Haltung vor ihrem Führer vorüberzogen.

Berchtesgaden war im Zeichen des Hakenkreuzes. Heil und vorwärts!

Ein neuer Skandal in Augsburg

Die vereinigten vaterländischen Kampfverbände in Augsburg hatten für 30. Juni eine gemeinsame Sonnwendfeier auf dem Kobel geplant. Diese Veranstaltung, zu der Zehntausende von vaterländisch gesinnten Bayern als Teilnehmer in Frage kamen, wurde in letzter Stunde von dem „berühmten" Staatskommissar Kreißelmeyer verboten. Der Ring der vaterländischen Kampfverbände übersendet uns zu diesem unerhörten Akt polizeilicher Willkür folgende Erklärung:

„Der Staatskommissar von Schwaben und Neuburg, Herr Oberamtmann Dr. Kreißelmeyer, hat es fertig gebracht, in **allerletzter Stunde** die von den vaterländischen Kampfverbänden vorbereitete Sonnwendfeier auf dem Kobel am 30. Juni zu verbieten. Das Verbot erfolgte **so spät,** daß es nicht einmal mehr möglich war, **der Bevölkerung Augsburgs** von der **amtlichen Verhinderung** dieser nationalen Feier Kenntnis zu geben. Als Grund für dieses, den vaterländischen Kampfverbänden gegenüber **geradezu unerhörtes Verhalten** schob Herr Dr. Kreißelmeyer die Tatsache vor, daß „durch ein Versehen die Angabe unterblieben wäre, wer für jeden festgegebenen Verband als verantwortlicher Leiter anzusehen sei". In Wirklichkeit verhielt sich die Angelegenheit so, daß die fragliche Mitteilung noch zu einer Zeit abgegeben worden war, in der die Regierung der Frage eines Verbots der Veranstaltung nicht nähergetreten war. Die erforderliche Erklärung wurde lediglich zwei Stunden nach der von der Regierung erwarteten Frist protokollarisch auf dem Polizeireferat abgegeben. Herr Dr. Kreißelmeyer wurde sofort nach Abgabe der Erklärung vom Polizeireferat über die Namhaftmachung des verantwortlichen Führers benachrichtigt. Mag dem jedoch sein wie ihm will, es handelte sich um eine Veranstaltung von vier ins Vereinsregister eingetragenen Verbänden, so daß der Herr Staatskommissar hätte wissen können, wen er gegebenenfalls zur Verantwortung hätte ziehen können, falls gegen die Anordnungen der Regierung verstoßen worden wäre. **Herr Dr. Kreißelmeyer wollte aber nicht, er suchte** nach einem Grund, die vaterländischen Kampfverbände von einer nationalen Kundgebung abzuhalten. Als vor mehr als drei Wochen eine Abordnung der Verbände in einer persönlichen Vorstellung bei Herrn Dr. Kreißelmeyer um die Genehmigung für die Abhaltung der Sonnwendfeier nachsuchte, bewilligte Herr Dr. Kreißelmeyer sämtliche Anträge, sowohl einen Fackelzug, als auch das Auftreten eines zahlenmäßig festgesetzten Teiles der Festteilnehmer in einheitlicher Kleidung. In der schriftlichen Beantwortung des Gesuches, das er wider sein Versprechen 14 Tage zurückhielt, nahm er **den größten Teil seiner mündlich gegebenen** Zusagen **wieder zurück,** bis er sein Vorgehen durch das gesetzliche Verbot der Veranstaltung ‚krönte'.

Allen Vorstellungen gegenüber, die **nach Ausspruch des Verbotes der Sonnwendfeier in langen Unterhandlungen** Herrn Dr. Kreißelmeyer gegenüber erhoben wurden, blieb der Staatskommissar vollständig taub, obwohl ihm weitgehendst die Umstände dargelegt wurden, die das bedauerliche Versäumnis der Meldung hervorgerufen hatten.

Er berief sich darauf, daß er seine ‚umfangreichen Sicherheitsmaßnahmen nicht mehr rückgängig' machen könne, trotzdem das Bezirksamt in anerkennenswerter Weise bereit war, die Abhaltung der Feier doch noch zu ermöglichen. Trotzdem hatte Herr Dr. Kreißelmeyer außer der Gendarmerie und der blauen Polizei **starke Kräfte der Landespolizei mobilisiert,** alles nur zu dem Zweck, **die vaterländischen Kreise Augsburgs an einer Kundgebung zu verhindern, die in erster Linie den Helden an Rhein und Ruhr zugedacht war.** (Pfui Teufel, D. Red.) Den Grund seines Vorgehens hat Herr Dr. Kreißelmeyer allerdings etwas unvorsichtigerweise verraten, als er in einem Telephongespräch ungefähr bemerkte, eine Partei könne nicht auf ein besonderes Wohlwollen rechnen, wenn sie wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in ihrem Parteiorgan den Satz vertrete: ‚Was dem **jetzigen** Staat abträglich sei, sei dem Volke nützlich.' (Wir pfeifen auf das Wohlwollen eines überspannten Bureaukraten, wir verlangen nur unser Recht! D. Red.) Er erblicke in diesem Satze eine schwere Beeinträchtigung der Regierungsautorität, obwohl dieser Satz zweifellos sehr viel Richtiges enthalten mag.

Wir sind dem Herrn Dr. Kreißelmeyer nicht gram, daß er uns seine Voreingenommenheit gegen die vaterländischen Kampfverbände so hell ins Licht gerückt hat. Wir wissen jetzt, was die vaterländisch gesinnte Bevölkerung von Herrn Staatskommissar Dr. Kreißelmeyer zu halten hat. Trotz des den Kampfverbänden durch das Verbot erwachsenen ungeheuren finanziellen Schadens wird es dem Herrn Dr. Kreißelmeyer nicht gelingen, die Kampfverbände zu zerschlagen. Wir wissen ja sicher, daß „Autoritäten" wie Herr Dr. Kreißelmeyer bald ihr letztes Machtwort gesprochen haben.

Die Kampfverbände hatten allerdings nicht geglaubt, bei ihrer Veranstaltung mit thüringischen oder sächsischen Verhältnissen rechnen zu müssen.

‚Blücherbund', ‚Bund Oberland', ‚Reichsflagge', Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei."

Wir bemerken dazu nur, daß ein Beamter, der die anständigen Kreise der Bevölkerung, den vaterländischen Teil des Volkes, derart schikaniert, schleunigst von der Bildfläche zu verschwinden hat.

Eine jüdische Verdrehung

Zu der in den inländischen und ausländischen Tageszeitungen verbreiteten Havasmeldung vom 30. Juni laut welcher ein Dr. Frank aus Augsburg, Mitglied der Sozialdemokratie und Leiter eines Freikorps, der Anstifter der Sabotageakte im besetzten deutschen Gebiet sein soll, erklärt die Leitung der hiesigen Ortsgruppe der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei:

Der in der Havasmeldung genannte Herr Dr. Frank aus Augsburg ist weder Gründer noch Leiter eines Freikorps, ist auch nicht Mitglied des speziell genannten Freikorps „Hansfreko". Herr Dr. Frank hat auch niemals Leute dieses Freikorps oder der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei zur Reise ins besetzte Gebiet und zu Sabotageakten der Besatzungsbehörde gegenüber veranlaßt. Es besteht lediglich mit einigen der von dem französischen Kriegsgericht zu Mainz zum Tode verurteilten deutschen Männer der lose Zusammenhang des Bekanntseins, wie dies auch für eine Reihe anderer Mitglieder unserer Partei zutrifft.

Weiter erklärt die hiesige Parteileitung, daß Herr Dr. Frank kein Sozialdemokrat ist und auch nie Mitglied dieser Partei war. Herr Dr. Frank gehört vielmehr der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei an.

Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei
Ortsgruppe Augsburg.

*

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Staffelstein. Die Ortsgruppe Staffelstein der N.S.D.A.P. hatte für Samstag, 30. Juni, und Sonntag, 1. Juli, die Parteigenossen und befreundeten Verbände bzw. die Anhänger unserer völkischen und vaterländischen Sache zur Sonnwendfeier und Bannerweihe nach dem schönen lied- und sagenumwobenen Staffelstein geladen. Von allen Seiten waren die jungen und alten zukunftsfreudigen Kämpfer herbeigeeilt und ihr stattlicher Zug bewegte sich stattlich mit Bannern und Musik in die Stadt. Abends um 7 Uhr fand auf dem Marktplatz eine Trauerfeier zu Ehren des im deutschen Freiheitskampfe gefallenen Helden Schlageter statt. Leider war die vielerwartete Vorkämpferin Frau A. Ellendt durch Krankheit ferngehalten worden. So

sprach an ihrer Stelle nach der Begrüßung durch Herrn Amtsrichter Zipperlein Pg. Bohneberg, Nürnberg, die Gedächtnisrede von deutschem Heldentum und deutscher Schmach. Ein junger Schweinfurter Parteigenosse brachte einen dichterischen Schlageter-Schwur zum Vortrag; das Lied vom „guten Kameraden", das „Deutschlandlied" und das „Erhardtlied" gaben der erhebenden Feier ihren Rahmen, während gleichzeitig an anderer Stelle unsere Sache mit leerem Pathos verdächtigt wurde.

Herrlich, wunderbar ergreifend war die Sonnwendfeier auf dem uralt heiligen Boden des Staffelberges, der wiederum zum erstenmal seit Jahrtausenden vielleicht Tausende von deutschen Schwestern und Brüdern zum Feuerfeste vereinigt sah. Ein weißer Mädchenreigen erinnerte fast an den Aufzug holder Priesterinnen, eine Reihe von Rednern (Hr. Zipperlin, Bohneberg, Bartels, Dietrich, Koburg usw.) sprachen von deutschem Schicksal, Schuld und Läuterung, von den gefallenen Brüdern, von unserem völkischen Kampf. Die Feier wird jedem Teilnehmer unvergeßlich bleiben.

Der Sonntagmorgen vereinigte die Tausende wiederum auf dem Marktplatze zur Bannerweihe. Prof. Bohneberg sprach die Weiherede und vollzog an Frau Ellendts Stelle das heilige Amt, Bez.Arzt Dr. Liebert, Kronach, sprach zum Vaterland, der junge Schweinfurter zur Einheit und Kampfsbruderschaft, und unsere deutschen Lieder widerhallten dazu von den altehrwürdigen Mauern des Rathauses herab. Die Tausende waren aufs tiefste ergriffen.

Für den Nachmittag war eine große Volksversammlung in Lichtenfels angesetzt, zu der sich wiederum Tausende von Menschen aus der ganzen Umgegend auf dem Schießanger eingefunden hatten. Vom Bezirksamt Lichtenfels aber wurde die Genehmigung an so schmachvolle, entwürdigende Bedingungen geknüpft, daß man von der Veranstaltung absehen mußte. Nun, das Bezirksamt Lichtenfels wird wohl nachträglich gesehen und empfunden haben, daß es sich mit seinem Papierwillen nicht im Einklang befindet mit den Ehrbegriffen und der Meinung des deutschen Volkes, und welcher Unterschied heute besteht zwischen ihr und ihrem vaterländischen Beruf. — Mancher andere möchte sich wohl nicht so überflüssig vorkommen in der Welt, bzw. im Volke. Er würde die Folgerungen ziehen. Deutsche Schmach und Auferstehung!

*

Marxistischer Landfriedensbruch

In Ulm fand kürzlich die Verhandlung gegen eine Anzahl von Sozialdemokraten statt, die, vor Monaten eine nationalsozialistische Versammlung in Geislingen mit Gewalt sprengen wollten und durch unerhörte Lausbübereien gestört hatten. Die Burschen, geführt von dem als Flegel bekannten Landtagsabg. Reichle, erhielten Gefängnisstrafen zum Teil in beträchtlicher Höhe, der Hauptbetzer und Anstifter aber, der die Verurteilung seiner Genossen auf dem Gewissen hat, ging, wie das in solchen Fällen stets zu gehen pflegt, natürlich straflos aus, weil er als Abgeordneter immun ist. Es ist höchste Zeit, daß mit dem Unfug aufgeräumt wird, daß Abgeordnete unter dem Schutze der Immunität, die einstens für ganz andere Fälle vorgesehen war, heute die Gelegenheit zu unglaublichen Landesfriedensbrüchen und dgl. haben. Im übrigen haben wir auch in Württemberg Vorsorge getroffen, daß Sprengungen unserer Versammlungen unmöglich sind und vor allem, daß, wenn solche geplant sind, in Zukunft in allererster Linie die Rädelsführer die Leidtragenden sein werden.

*

Ein Sieg in Oberösterreich

Unsere Parteigenossen haben bei den am Sonntag in Linz stattgefundenen Gemeinderatswahlen einen überaus erfreulichen, für die Entwicklung unserer Bewegung in Oberösterreich hochbedeutsamen Sieg errungen, zu dem wir sie aufs herzlichste beglückwünschen: sie haben, obwohl sie das erstemal in den Wahlkampf zogen, über 4400 Stimmen und vier Mandate erobert. Ihrem schneidigen Auftreten und ihrer nimmermüden Aufklärungsarbeit ist es zu verdanken, daß den Sozialdemokraten die Herrschaft im Gemeinderat entrissen wurde. Wir sind überzeugt, daß dieser schöne Sieg unseren oberösterreichischen Parteigenossen ein neuer Ansporn sein wird, ihre Arbeit mit noch größerem Eifer fortzusetzen und dem Gedanken des nationalen Sozialismus auch in der bisherigen Hochburg Linz zum Durchbruche zu verhelfen. Daß in einer Stadt wie Linz, wo der rote Terror gegen unsere Bewegung in seiner widerlichsten Form herrscht, schon beim ersten Anhieb ein so erfreuliches Ergebnis erzielt werden konnte, ist ein weiterer Beweis dafür, wie in dieser Zeit der furchtbarsten nationalen Not immer weitere Schichten unseres Volkes für die Heilsbotschaft des nationalen Sozialismus empfänglich werden, die allein dem deutschen Volke den Weg zur Rettung zu weisen vermag.

Briefkasten

B. Brunner, K.: M. 30 000.— erh., ebenfalls Bestellg. f. D. — Ihr Konto ist für Juli ausgeglichen. Herzl. Dank und treudeutschen Gruß!

Hannover, O. Knorn. Hitlerspende 100 000 M. erhalten. Herzlichen Dank. Treu-deutschen Gruß.

A. Scheremann, Göppingen. Hitlerspende 100 000 M. erhalten. Herzlichen Dank. Treu-deutschen Gruß.

E., Sachsen. 150 000 M. empfangen und bestimmungsgemäß verwendet. Herzl. Dank und treudeutschen Gruß.

Barb. M. Besten Dank für Brief und 40 000 M. für Erwerbslose.

Handel, Finanz- und Wirtschaftspolitik

„Alles in Ordnung"

Das Spekulationsunwesen hat seit dem Einsetzen der letzten Entwertungsperiode in sämtlichen Abarten des Börsenbetriebes beängstigende Dimensionen angenommen. Ihr Hauptmerkmal ist die Beteiligung breitester Volksschichten an der Effektenhochbewegung.

Selbst die Lohn- und Gehaltsempfänger wollen sich durch das schwindende Vertrauen auf die Papiermark, die ihre Bedeutung als Wertaufbewahrungsmittel und als Wertmesser völlig eingebüßt hat, veranlaßt sehen, ihre Gelder in Devisen und Effekten anzulegen. Man spricht bekanntlich von der Vermehrung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes als hauptsächlichster Ursache der augenblicklichen „Publikumshausse". Ein Heer von Spekulanten, das keine Ahnung von den tatsächlich vorliegenden Verhältnissen hat, beteiligt sich an den Scheingewinnen dieses trügerischen Kreislaufes des Entwertungsprozesses. Die Notenpresse aber schafft rastlos in Tag- und Nachtschicht, um das graue Elend unserer Währungszerrüttung durch Fluten von Papier zu überdecken.

Die Börse ist wieder einmal zur „Quelle der Volkswohlfahrt" geworden, der Kurszettel tritt an Stelle der Unterhaltungslektüre und „Tip" ist das Schlagwort, welches Bewegung in die Masse bringt. Wahllos wird gekauft, niemand will Papiergeld eine Stunde länger als nötig in der Tasche tragen.

Die Kurse fast aller Papiere haben sich in den letzten Wochen verzweifacht, verdreifacht, eine Anzahl von Werten erreicht schon den Goldparikurs, andere stehen kaum mehr darunter, sogar Reichsanleihen und Kriegsanleihen sind aus ihrer Betäubung erwacht. Die Entwicklung nähert sich der Kippe. Das allumfassende Institut „zur Hebung der Volkswohlfahrt" scheint einer Belastungsprobe ausgesetzt zu werden, wie sie in der Wirtschaftsgeschichte bislang noch nicht dagewesen. Denn daß ein ganzes Volk von der Notenpresse und der von ihr finanzierten Spekulation lebt, sollte auch dem unverbesserlichsten Optimisten zu denken geben.

Schon zeigen sich Risse und Sprünge in dem reichlich luftigen Bau unserer neuen „Stützungsaktion". Die Flüssigkeit des Geldmarktes, von der oben als Ursache der augenblicklichen „Volkswohlfahrt" die Rede war, zeigt in den allerletzten Tagen die ersten Anzeichen einer sogenannten Versteifung. Die Ansprüche an den Geldmarkt sind doch, besonders in Hinsicht auf die ungeheuren Preissteigerungen der letzten Juniwochen, bedeutend größer, als man annahm.

Der Stand der deutschen Zahlungsmittel im Ausland wird durch die Reichsbankpolitik zu Berlin nur unter größter Anstrengung äußerlich aufrechterhalten. Man kann nicht nachdrücklich genug auf diese Gefahr hinweisen. Ein Zusammenbruch der zweiten „Stützungsaktion" müßte ein Emporschnellen der Kurse bringen, gegen deren Springflut die Hochbewegung der letzten Monate ein Wellengekräusel war.

Aber Herr Helfferich behauptet ja, wir hätten keine Inflation, und das Ausland meint ja auch Kreditinflation, wenn es davon spricht: Also möge man dem kommenden Kladderadatsch im Geiste der jetzigen „Volkswohlfahrt" entgegensehen. Außerdem sorgt ja die Notenpresse für baldige Herstellung von Millionenbanknoten und leistet damit „ein bedeutendes technisches Werk". Also, keine Sorge, ihr großen und kleinen Effektenspieler, die Notenpresse wird's machen!

Fragt sich nur, wie lange noch . . .

Bodenreform in Ungarn

Die ungarische Bodenreformbewegung, welche seit dem Jahre 1918 erst in ein akutes Stadium getreten ist, hat in der allerletzten Zeit sehr aggressive Formen angenommen. Die rechtsradikale Bewegung hat sich, ähnlich wie die Nationalsozialisten in Deutschösterreich und Deutschland, einer zielbewußten Bearbeitung derselben zugewendet und dadurch unter der Führung von Gömbös die gesamte Bauernschaft hinter sich gebracht.

Der Ackerbauminister Szabó ist nunmehr Autor einer Novelle zum Bodenrechtsgesetz, die unter dem Druck des ungarischen Nationalsozialismus vor kurzem entstand.

Namentlich der Kleinbesitz, Zwergbesitz (welcher zusammen etwa über die Hälfte des Bodens verfügt, den ein einziger dortiger Großgrundbesitzer innehat) steht damit restlos hinter der neuen Bewegung. Wieder ein Hinweis, daß die Bodenreform, wie sie der Nationalsozialismus auch in Deutschland erstrebt, geeignet ist, das Vertrauen der Landwirtschaft im weitesten Maße zu rechtfertigen.

Die Verschleppung der Bodenreform, welche von der Nationalversammlung unter der Herrschaft der Großgrundbesitzer systematisch betrieben wurde, scheint damit gründlich beendet. Von der Durchführung der Novelle wird das Schicksal der ungarischen Landwirtschaft, die in Stärke von etwa vier Millionen Köpfen hinter den neuen Bestrebungen steht, abhängen, und damit die Zukunft des Landes.

Die Reichsschulden

Die schwebende Schuld des Reiches an diskontierten Schatzanweisungen stieg in der Zeit vom 11. bis 20. Juni um 2 514 259,200 Mill. M. auf 14 357 963,547 Mill. M. In Auswirkung der weiteren sehr starken Geldentwertung haben die Bezüge der Reichsbediensteten für die zweite Hälfte des Juni auf etwa das doppelte erhöht werden müssen. Im Zusammenhang hiermit waren erhöhte Aufwendungen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, für Sozial- und Kleinrentner, Erwerbslose und andere Fürsorgeberechtigte zu machen. Hierzu trat ein besonders starker Geldbedarf für die Ausführung des Friedensvertrags sowie für die Abwehr der durch den Einbruch in das Rhein- und Ruhrgebiet verursachten Schäden. Dieser Belastung der Reichskasse haben die Einnahmen, bei denen die volle Auswirkung der Geldentwertung erst später in Erscheinung tritt, nicht in gleichem Maße folgen können, so daß sich die schwebende Schuld in der Berichtsdekade um 2514,2 Milliarden M. (gegenüber 1569 Milliarden M. in der ersten Junidekade) erhöht hat. Zur Erfüllung von Zahlungsverpflichtungen in ausländischer Währung in Ausführung des Friedensvertrags sind rund 245 Milliarden M. aufgewendet worden. Hiervon entfällt ein Teilbetrag in Höhe von 150 Milliarden Mark auf die Kosten des am 15. Mai fälligen an Belgien gegebenen Goldschatzwechsels.

Gut Ding will Weile haben

Die in der Vorwoche vom Reichsrat beschlossene Ergänzung zur Devisenverordnung wird heute oder morgen amtlich bekanntgegeben werden. Sie führt den schönen Titel „Verordnung zur Änderung der Valutaspekulationsordnung und des Kapitalfluchtgesetzes".

Die Industrie machts

Seitens der Reichsregierung ist gewünscht worden, die bei der Emission nicht gezeichneten Beträge der Dollarschatzanweisungen nunmehr durch die Wirtschaftskreise noch aufbringen zu lassen. Daraufhin hat das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschlossen, bei den Mitgliedern des Reichsverbandes darauf hinzuwirken, daß von der Industrie alle nur irgend entbehrlichen Devisen zum Umtausch gegen Dollarschatzanweisungen zur Verfügung gestellt werden.

Goldanleihe in Argentinien

Das argentinische Parlament hat seine Zustimmung zu einer Anleihe von 150 Mill. Goldpesos zu 6% Zinsen und 1% Amortisation erteilt, die die zur Fundierung der schwebenden Schuld bestimmt ist.

Wirtschaftsrundschau

Saatenstand in Bayern

Nach den Gutachten der landwirtschaftlichen Vertrauensmänner ist durch die anhaltend nasse und kalte Witterung im Wachstum der Pflanzen ein beinahe völliger Stillstand eingetreten. Mit einer frühzeitigen Ernte darf unter diesen Umständen nicht gerechnet werden.

Winterroggen hatte infolge der beständigen Niederschläge eine verhältnismäßig schlechte Blütezeit; zudem verlief die Blüte infolge der niederen Temperaturen nur sehr schleppend. Winterweizen tritt zur Zeit in die Blüte und wären zum günstigen Verlauf derselben sonnige Tage notwendig. Wintergerste ist in kurzer Zeit schnittreif.

Die Sommersaaten leiden nach wie vor unter starker Verunkrautung, vornehmlich durch Hederich. Bei einzelnen Feldern will es scheinen, als ob bereits das Unkraut die Oberhand gewonnen hätte. Infolge des kalten Wetters konnten Sommergerste und Hafer sehr oft noch nicht schossen.

Hackfrüchte befriedigen zumeist nur in geringem Maße. Frühkartoffeln, die besonders in tiefen Lagen starken Frostschaden erlitten, konnten diese Schäden bisher nur zum Teil ausheilen. Spätkartoffeln laufen oftmals ungewöhnlich langsam und zudem gleichmäßig auf, außerdem sind Blattrollkrankheit und Schwarzbeinigkeit festgestellt. Zucker- und Runkelrüben blieben vielfach in der Entwicklung zurück, so daß ein Teil erst in letzter Zeit verpflanzt werden konnte.

Die Heuernte wurde wohl zu Anfang des Monats in Angriff genommen, gelangte aber infolge der fortgesetzten Niederschläge über das Anfangsstadium kaum hinaus; der Ertrag der Wiesen wäre gut. Der erste Kleeschnitt ist zumeist zur Zufriedenheit ausgefallen. Hingegen kommt der Nachwuchs nur zögernd zum Vorschein, eine Folge der kühlen Witterung.

Hopfen ist im Wachstum zurückgeblieben und ist oft mit Ungeziefer, wie Fliegen und Blattläusen, behaftet.

Für die Weinberge werden bei Fortdauer des kalten Wetters die Aussichten von Tag zu Tag ungünstiger. Während die Traubenblüte im letzten Jahr um diese Zeit beendet war, hat sie heuer vielfach noch nicht einmal begonnen. Als auffällige Erscheinung wird aus der Pfalz gemeldet, daß in manchen Orten und Lagen die Reben nur wenig Triebe und Blätter gebildet haben. Hier besteht die Gefahr, daß die Gescheine zu ihrer Entwicklung nicht genügend Nährstoff zugeführt erhalten.

*

Von der deutschen Ostmesse

Königsberg i. Pr. Die Landwirtschaftsausstellung der deutschen Ostmesse nimmt für die Aussteller einen über Erwarten guten Verlauf. Die Reichhaltigkeit und die hohe Qualität der ausgestellten Maschinen und Geräte sowie der hohe Wert des dargebotenen wissenschaftlichen Materials finden höchste Anerkennung. In landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten aller Art sowie in Chemikalien werden große Umsätze erzielt. Als Käufer tritt in erster Linie die ostdeutsche Landwirtschaft auf, doch werden auch Geschäfte mit den Oststaaten einschließlich Rußlands und der Ukraine abgeschlossen. Groß- und Kleinviehauktionen, die hervorragendes Material auf den Markt brachten, gingen unter regster Beteiligung vonstatten.

Das deutsch-spanische Handelsabkommen

Berlin. Das Mitte Januar abgeschlossene bis zum 30. Juni verlängert gewesene deutsch-spanische Handelsabkommen ist um weitere drei Monate verlängert worden.

Preisbewegung

Der Zementhöchstpreis für das gesamte Reichsgebiet einschl. Händlernutzen und Umsatzsteuer beträgt ab 1. Juli 8,8 Mill. je 10 000 Kg. ohne Fracht und Verpackung.

Die Mindestpreise für Zigaretten betragen nach Festsetzung des Zigarettenkartells a) für orientalische Zigaretten: Strangzigaretten 500 M., 1500 Gramm und mehr 900 M., bis 650 Gramm 400 M., unter 400 Gramm 350 M., Hohlmundstückzigaretten bis 450 Gramm 250 M., über 450—700 Gramm 300 M., über 700 Gramm 500 M., b) für Mischware: mit höchstens 50 Prozent Orienttabak 50 M.

*

Berlin. Die Vereinigung deutscher Starkstromkabel-Fabrikanten setzt folgende Multiplikatoren ab 1. Juli fest: Papierkabel bis 50 Quadratmillimeter 18,5, über 50 Quadratmillimeter 17,5, Muffen 16,8, Endverschlüsse 16,7, die letzten beiden aus Blei oder mit Bleieinsatz 0,8 mehr. Blechendverschlüsse 12,5, Kabelkosten 20,5.

Löhne und Tarife

Um die Inderlöhne

Berlin. Nachdem die vorbereitenden Besprechungen über die Wertbeständigkeit der Löhne im Reichsarbeitsministerium zu Ende geführt worden sind, tritt noch im Laufe dieser Woche eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildete kleine Kommission unter der Leitung des Reichsarbeitsministeriums und unter Hinzuziehung der beteiligten Reichsministerien zur Verhandlung über die gleiche Frage zusammen. Inzwischen fanden auch die Beratungen über die Beschleunigung des Index ihren Abschluß. Mit der Veröffentlichung des ersten Wochenindex wird etwa Mitte Juli zu rechnen sein. Schon vorher wird zum erstenmal mit der Bekanntgabe der Durchschnittsindexziffer für Juni der Wochenindex mitgeteilt werden, der aber noch auf den Mittwocherhebungen der vorhergegangenen Woche beruht.

Berlin. Heute beginnt, wie die Blätter melden, eine zweitägige Sitzung des Landesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die sich mit der Frage der wertbeständigen Löhne beschäftigen soll.

*

Berlin. Die Spitzengewerkschaften der Beamten und Reichsarbeiter berieten gestern über die Einleitung einer neuen Teuerungsaktion. Es wurde beschlossen, beim Reichsfinanzministerium dahin vorstellig zu werden, daß der Termin für neue Verhandlungen noch auf einen Tag in dieser Woche festgesetzt werde.

Warenmarkt

Berlin, 3. Juli. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen Märkischer 425 000 bis 450 000, Roggen Märkischer 310 000 bis 319 000, Pommerscher 307 000 bis 312 000, Gerste Sommergerste Märkische 340 000 bis 350 000, Hafer Märkischer 320 000 bis 330 000, Pommerscher 320 000 bis 330 000, Mais La Plata waggonfrei Hamburg 315 000 bis 320 000, Weizenmehl 1 200 000 bis 1 300 000, Roggenmehl 900 000 bis 1 020 000, Weizenkleie 190 000 bis 200 000, Roggenkleie 200 000 bis 205 000, Viktoriaerbsen 450 000 bis 500 000, Kleine Speiseerbsen 375 000 bis 425 000, Peluschken 250 000 bis 300 000, Wicken 250 000 bis 350 000, Blaue Lupinen 200 000 bis 250 000, Gelbe Lupinen 300 000 bis 350 000, Rapskuchen 280 000 bis 290 000, Trockenschnitzel 140 000 bis 145 000, Zuckerschnitzel 180 000 bis 200 000 Mark.

Nichtamtliche Rauhfutternotierungen. Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 45 000 bis 48 000, Haferstroh 40 000 bis 44 000, Gebündeltes Roggenlangstroh 43 000 bis 45 000, Heu, gutes 40 000 bis 44 000, Heu, handelsüblich, alte Ernte 34 000 bis 36 000, neue Ernte 36 000 bis 40 000 Mark.

Berliner Metallkurse vom 3. Juli 1923.

Raffinadekupfer	48 000—49 000
Originalhüttenweichblei	18 500—19 500
Hüttenrohzink im freien Verkehr	21 000—22 000
Originalhüttenrohzink	20948,49
Plattenzink	16 500—17 000
Originalhüttenaluminium	86 000
Hüttenaluminium in Walzen	85 800
Bankazinn	132 000—134 000
Straitszinn	132 000—134 000
Australzinn	132 000—134 000
Hüttenzinn	129 000—132 000
Reinnickel	66 000—67 000
Antimon	18 000—19 000
Silber	3 350—3 400
Elektrolytkupfer	53 070

Kurse

Berlin, den 3. Juli 1923. Devisen-Kurse.

	3. 7. Geld	3. 7. Brief	2. 7. vor. Geld.
Amstd.-Rd. 1 fl.	62343,50	62656,50	62343,50
Buen. Air. 1 Pes.	55860,—	56140,—	55860,—
Christiania 1 Kr.	25935,—	26065,—	25935,—
Kopenhag. 1 Kr.	27730,—	28070,—	27930,—
Stockholm 1 Kr.	42194,—	42406,—	42094,50
Helsing. 1 fin. M.	4389,—	4411,—	4389,—
Italien 1 Lira	6982,50	6997,50	6882,50
Lond. 1 Pfd. St.	728175,—	731825,—	728175,—
New York 1 Dollar	159600,—	160400,—	159690,—
Schweiz 1 Frck.	28079,50	28220,50	28097,50
Spanien 1 Pes.	22643,—	22757,—	23042,—
Japan 1 Yen	75811,—	76189,—	—
Rio 1 Milreis	17456,	17544,—	17456,—
Wien 100 Kr.	231,42	232,58	229,42
Prag 1 Kr.	4837,50	4862,50	4817,50
Agram 1 Dinar	1735,60	1744,40	1735,60
Budapest 1 Kr.	19,45	19,55	18,75
Sofia 1 Leva	1571,—	1579,—	1588,—

Berlin, den 3. Juli 1923. Noten.

	3. 7. Geld	3. 7. Brief	2. 7. vor. Geld.
Amerik. Noten	160597,—	161403,—	160597,—
Englische „	729172,—	732828,—	729172,—
Italienische „	6957,50	6992,50	6977,50
Rumänische „	872,75	877,25	892,75
Schweizer „	28179,—	28321,—	28079,50
Türkische „	—	—	—
Tschechische „	4738,—	4762,—	4788,—
Kleine Tschechen	4718,—	4782,—	4798,—
Österreich. abgest.	223,40	224,60	216,—
„ neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	—	—	188,—
Holländische „	62543,—	62857,—	62843,43
Ungarische „	9,97	10,03	8,47

Gesellschaften

Frankfurt a. M. In der Generalversammlung der Mitteldeutschen Creditbank wurden sämtliche Anträge der Verwaltung genehmigt, und die Verteilung einer Dividende von 150 Prozent unter Überweisung von 400 Millionen Mark an die außerordentliche Reserve und 50 Millionen Mark an die Wohlfahrtskasse für die Angestellten der Bank beschlossen. Die Generalversammlung ermächtigte die Verwaltung, bis zu 10 Millionen M. neue Vorzugsaktien u. bis zu 600 Millionen M. Stammaktien auszugeben und die Ausgabebedingungen festzusetzen.

Magdeburg. In der Aufsichtsratssitzung Schneider und Helmecke A.G. wurde beschlossen, das Geschäftsjahr vom 31. Okt. auf den 30. Juni zu verlegen. Das erste Geschäftsjahr der Aktiengesellschaft umfaßt somit nur 8 Monate. Das an sich günstige Ergebnis durch die seit der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft geschaffenen Betriebsvergrößerung und Betriebsverbesserungen weiter günstig beeinflußt, so daß der Generalversammlung die Ausschüttung einer Dividende von mindestens 1500 Prozent vorgeschlagen werden soll. Das Unternehmen ist nach wie vor voll beschäftigt, vornehmlich für das Ausland.

Baden-Baden. Unter der Firma Batschari-fabrik A.G. ist in Rastatt bei Baden-Baden mit einem Grundkapital von 500 Millionen Mark obige Firma gegründet worden.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Rundschau und Kommunales: Joseph Stolzing-Cerny; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: H. Esser; für den Anzeigenteil: Joseph Huber. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Hast Du für den Monat Juli schon einen neuen Bezieher für den Völkischen Beobachter geworben?